

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

Am 17. September in Olten



Der 1887 eröffnete Konzertsaal der Stadt Olten – Ort der Gründungsversammlung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz. (Photo ae, 1993)

AMK. Mehrere Musikformationen, Delegationen aus allen Kantonen, Freisinnige aus allen Landesteilen kommen am 17. September 1994 in Olten einen Tag lang zusammen.

Sie wollen damit ihrer Freude Ausdruck geben, dass die FDP auf

ihrem tragfähigen Fundament des Liberalismus auch nach hundert Jahren noch eine Partei ist, welche die Schweiz massgeblich gestaltet.

Sie wollen daran erinnern, welche Leistungen der Freisinn im 19. Jahrhundert erbracht hat.

Sie sehen aber den Freisinn auch als die massgebliche Kraft für heute und morgen. «Für eine Schweiz mit Zukunft» heisst denn auch das Motto des Tages.

Der Tag in Olten soll für alle ein unvergessliches Erlebnis werden, ein einigendes Band über die Tagespolitik hinaus. In einer Zeit der Vereinzelung ist die Aufgabe der Parteien schwieriger, gleichzeitig aber auch wichtiger geworden: die Bürgerinnen und Bürger eines Landes für das Gemeinwesen zu interessieren, einzelne zur Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten zu führen. Der Festtag in Olten ist auch ein Signal in diese Richtung. ■

Finanzpolitik



AMK. Die Ausgabendynamik muss gebremst werden. Damit das strukturelle Defizit abgebaut werden kann, muss jetzt gehandelt werden: So lauten die Zielsetzungen der FDP-Finanzpolitik. An ihrer Versammlung vom 20. August 1994 gaben die Delegierten dieser Marschrichtung grünes Licht. Für die Abstimmungsvorlagen vom 25. September 1994, Brotgetreide und Anti-Rassismus-Gesetz, wurden die Ja-Parolen beschlossen. Lesen Sie ab Seite 9

Inhalt

- 100 Jahre FDP: Was wünschen uns die Generalsekretäre der CVP, SVP und SP? Lesen Sie ab Seite **5**
- Die Schweiz muss die aussenpolitischen Realitäten zur Kenntnis nehmen, meint Daniel Woker ab Seite **10**
- Bericht über die erste FDP-Sommeruniversität ab Seite **13**

Clinton im Clinch mit Castro

Seit seiner Machtübernahme 1959 hat Fidel Castro acht amerikanische Präsidenten in Atem gehalten. Jetzt ist Bill Clinton mit ihm im Clinch. Ende August hatte Castro die erste «Runde» für sich entschieden.

◉ Jacques Baumgartner

Kein amerikanischer Präsident hatte in dem jahrelangen Ringen mit dem «Grossen Führer» das Kuba betreffende Flüchtlingsgesetz ausser Kraft gesetzt. Selbst Präsident Jimmy Carter tat es nicht, als ihm Fidel Castro 1980 über 120 000 Missliebige, zumeist Kriminelle und geistig Kranke, übers Meer nach Florida schickte.

Omen?

Bill Clinton hingegen machte rückgängig, was seit 1966 für Kubaner, die ihrer Heimat den Rücken kehrten, gegolten hatte. Sie erhalten nicht mehr automatisch Aufnahme in den Vereinigten Staaten. Für sie wurden Flüchtlingslager in Florida und auf Kuba (!), im amerikanischen Marinestützpunkt Guantánamo, errichtet.

Die «Stille» dieses Flüchtlingsgesetzes ist ein Sieg für Fidel Castro. Bill Clinton scheint wieder von der «Geschichte» eingeholt zu werden. Der erste, organisierte Exodus vor vierzehn Jahren hatte Präsident Carter in Bedrängnis gebracht und war indirekt ein schwerer Schlag für den damaligen jungen Gouverneur des Bundesstaates Arkansas gewesen. Der Gouverneur hiess Bill Clinton, und er setzte die Nationalgarde ein, um einen «Aufstand» von in Fort Chaffee internierten Kubanern niederzuschlagen.

Dieser damals befohlene Einsatz sollte ihn um die Wiederwahl zum Gouverneur bringen. Die Ereignisse im Zusammenhang mit dem neuerlichen kubanischen «boatlift» könnten sich als Omen im Hinblick auf die amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1996 erweisen. Diesmal begann alles am 5. August. An diesem Tag

erlebte die kubanische Hauptstadt Havanna die schwersten Unruhen, seit Fidel Castro und seine Kommunistische Partei an die Macht gelangt sind. Offiziell wurden 95 Menschen verletzt, ist ein Polizist getötet worden. Die Ausschreitungen begannen, als eine Anzahl von Kubanern im Hafen ein Schiff zu kapern versuchten, mit dem sie Kuba in Richtung Florida verlassen wollten.

Castro gab den Vereinigten Staaten die Schuld und drohte ihnen mit einem (verordneten) Massenauszug noch grösseren Ausmasses als 1980. Die Regierung in Washington antwortete mit einer Blockadedrohung, die aber wenige Tage später wieder zurückgenommen wurde. Statt dessen wurden Havanna Gespräche «über legale Auswanderung» angeboten. Entsprechende Verhandlungen sollten im Rahmen der seit zehn Jahren regelmässig stattfindenden bilateralen Gespräche über Immigrationsfragen stattfinden.

Bisher durften jährlich 20 000 Kubaner legal in die Vereinigten Staaten übersiedeln. Sie und ihre Flüchtlingsvorgänger durften unter anderem ihre armen Verwandten auf Kuba mit «harten» US-Dollars unterstützen. Das ist ihnen jetzt untersagt, denn auf diese Weise und auf diesem Wege flossen Castro dringend benötigte Devisen in die Kasse, die dem Regime halfen zu überleben.

Keine Gefahr mehr

Im Grunde ist Fidel Castro ein Waisenkind des kalten Krieges. Er bedeutet keine Gefahr mehr für die Vereinigten Staaten, noch verfügt er über die Mittel und die ideologische Kraft, um in «internationalistischer Pflichterfüllung» die Revolution nach Mittel- und Südamerika, nach Schwarzafrika zu exportieren. Zu seiner

einstigen «Grösse» hochstilisiert und zum Freund der früheren Sowjetunion gemacht haben ihn die Amerikaner, das heisst, sie haben ihn dazu «gezwungen». Gespräche mit ihm könnten heute in einen für beide Seiten vernünftigen Ausweg aus der Krise münden. Schliesslich spricht die Clinton-Regierung auch mit dem kommunistischen Nordkorea und gewährte China bedingungslos die Meistbegünstigungsklausel.

Aber der «Fall» Fidel Castro ist auch eine amerikanische, geschichtsbehaftete Prinzipienfrage. Hinzu kommt, dass die sogenannten Halbzeitwahlen anstehen. Die Aussichten für die Demokratische Partei sind schlecht. 52 Prozent der Wähler sind mit Clintons Präsidentenleistung unzufrieden. Das wird die Demokraten viele Mandate an die oppositionellen Republikaner kosten. Diese Wahlen vor Augen, muss Clinton, der auch innenpolitisch für seine Reformvorhaben (Verbesserung des Krankenversicherungssystems und des Gesundheitswesens) schwer zu kämpfen hat, Härte gegenüber Castro an den Tag legen.

Endpunkt?

Kuba ist gewissermassen der «Grundstein» der amerikanischen Kolonial- und Grossmacht im vorigen Jahrhundert. Die Kubaner erhoben sich 1895 gegen Spanien. Sie wurden dabei von den Vereinigten Staaten unterstützt. Das führte drei Jahre später zum spanisch-amerikanischen Krieg. Mit dem Vertrag von Paris anerkannte Spanien am 10. Dezember 1898 die Eigenständigkeit Kubas, das noch am gleichen Tag vom amerikanischen Protektor besetzt wurde. Am 20. Mai 1920 wurde Kuba von den Vereinigten Staaten in die Unabhängigkeit entlassen; 1903 wurde der Flottenstützpunkt Guantánamo gepachtet. Durch den spanisch-amerikanischen Krieg entwickelten sich die Vereinigten Staaten auch zur Kolo-

nialmacht, die die Philippinen, Puerto Rico, Guam und Hawaii kontrollierte.

Auf Kuba scheint in der Tat ein Endpunkt erreicht worden zu sein, und dankt das Regime nicht freiwillig ab, so ist zu befürchten, dass noch Blut fliessen wird. Die Menschen sind verzweifelt. Die Wirtschaftslage ist katastrophal.

In diesem Jahr sind auf Kuba die Preise für Luxusgüter wie Zigaretten, Alkohol und Benzin ebenso erhöht worden wie jene für Strom und Wasser. Die tägliche Stromsperre dauert 16 Stunden, und Leitungswasser gibt es nur in den wenigsten Gegenden. Die Subventionen für die Staatsbetriebe werden abgebaut, neuerdings Steuern erhoben. Deren Abschaffung war als «Errungenschaft der Revolution» gepriesen worden.

Fidel Castro gab unlängst bekannt, dass die Zuckerrohrernte bloss vier Millionen Tonnen betragen werde, weniger als 1993. Bei seinem Machtantritt hatte er versprochen, Kuba von der Monokultur «zu befreien». Seit aus dem Ex-Sowjetblock keine Subventionen mehr fliessen, niemand mehr generöse Freundschaftspreise in Form von Erdöl für Zucker bezahlt, fehlt es in der Landwirtschaft an Kunstdünger, an Ersatzteilen für die grösstenteils aus der früheren Sowjetunion stammenden Maschinen. An die Stelle von Traktoren sind Ochsen getreten.

Mit den mageren Einnahmen des Staates lässt sich nicht einmal mehr eine Mangelwirtschaft aufrechterhalten. Etwa 800 Millionen Dollar bringt der Zucker ein, 700 Millionen Dollar der Tourismus in Luxusghettos. 400 Millionen Dollar werden mit dem Export von Nickel erzielt; den gleichen Betrag schickten bisher Exilkubaner ihren verarmten Verwandten. Versiegt ist auch die angolische Geldquelle. Kuba kassierte von 1975 bis 1991 jährlich über eine Milliarde Dollar für seine in Angola stehenden 50 000 Söldner-Soldaten von der damals marxistischen Regierung der Volksbefreiungsbewegung (MPLA). In Angola geht zwar der Krieg weiter, aber jetzt ohne Kubaner. ■

Susan Baumann findet an allem die positive Seite

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Auf die Entwicklung von Technologien zur umfassenden Nutzung der Sonnenenergie.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die Veränderung der Luftqualität und die steigende UV-Belastung.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Jede Erfindung wird von den vorhergehenden Entdeckungen inspiriert und ebnet den Weg für neue Ideen: das Rad, der Buchdruck, die Glühlampe, Penicillin, optische Linsen, der Mikrochip – wie sollte man solche Erfindungen einander wertend gegenüberstellen?

Was lieben Sie an der Schweiz?

Das politische Mitspracherecht, die relative Sicherheit und Stabilität sowie die Freiheit, sein Leben individuell zu gestalten.

Was misfällt Ihnen in unserem Land?

Die Art, wie sich der «Sonderfall» Schweiz in vielen Dingen von der übrigen Welt distanziert.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich?»

Nein. Die Mehrheit ist zwar träge, aber ohne die Unterstützung der Mehrheit werden letztlich keine echten Fortschritte erzielt.

Warum sind Sie bei der FDP?



Susan Baumann: selbstbewusst und nicht hierarchisch denkend.

Weil meine Idealvorstellung von einer Gesellschaftsform aus dem Liberalismus hervorgeht.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Ich kenne keinen Politiker gut genug, um dessen wahren persönlichen Einsatz und effektive Leistung beurteilen zu können. Ein Mann jedoch, von dem ich glaube, dass er starre Strukturen aufzubrechen vermochte und einiges in Bewegung gebracht hat, ist Michail Gorbatschew.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Überzeugen kann man mich nur durch sachliches Argumentieren. Meine Unterstützung erhält eine Politikerin oder ein Politiker aber nur, wenn sie/er neben der

sachlichen Kompetenz auch Offenheit, persönlichen und uneigennütigen Einsatz sowie Anstand und Fairness gegenüber dem politischen Gegner darlegt.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Partnerschaft – Menschen mit gleichen Rechten und Pflichten.

KURZBIOGRAPHIE

Susan Baumann

Zur Person: Geboren und aufgewachsen in Basel. Nach der Matura Studium der Naturwissenschaften an der ETH Zürich. Frühere Berufstätigkeit in der Biotechnologie- und Pharmaindustrie; jetzt mit zwei Töchtern Familienfrau und Biologielehrerin an der Maturitätsschule für Erwachsene. Seit

1981 wohnhaft in Gerlikon bei Frauenfeld.

Politischer Werdegang: Präsidentin des Vereins Freisinnig-Demokratischer Frauen Frauenfeld.

Liebste Tätigkeiten: Lesen; vor allem über Naturwissenschaft und Geschichte, Musizieren, Freizeitgestaltung mit der Familie. «Trial and Error» beim naturnahen Gärtnern.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Meine Spontaneität hat mir schon manchen Streich gespielt. Meine Stärke liegt darin, dass ich ein selbstbewusster und nicht hierarchisch denkender Mensch bin.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

«Hirsebrei und Hellebarde» von Werner Meyer.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

An allem die positive Seite finden und nie den Sinn für Humor verlieren – das ist für mich die wichtigste «Fitnessregel».

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Schreinerarbeiten.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Astronaut Nicollier – weil er in seinem Beruf aussergewöhnliche und faszinierende Erfahrungen gemacht haben muss.

Sonderdruck



Ein Jahr nach dem Nein des Schweizervolkes zum EWR hat der Bundesrat mit dem Bericht über «Die Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren» seine weitere Politik festgehalten. Dieser Bericht löste im Parlament eine breite Debatte aus.

Damit die Debatte auch in die Bevölkerung hinausgetragen wird, hat die Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale (EDMZ) die Schrift in eine handliche Form gegossen. «Die Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren» kann nun kostenlos als Sonderdruck auf deutsch, französisch und italienisch bezogen werden bei der EDMZ, 3000 Bern.

Bitte geben Sie speziell an: Sonderdruck Form 201.333 d (oder f für französisch bzw. i für italienisch).



Wahlen 1995: mehr Frauen



Wahlkampfes von den drei Adressatengruppen ergriffen werden können. Ergänzt wird der zweite Teil durch Tips für weitere Interessierte. Eine Kurzdarstellung der Quotenformen, eine Literaturliste sowie ein Adressverzeichnis liefern im Anhang zusätzliche wichtige Informationen. Der Leitfaden liegt in deutscher, französischer und italienischer Sprache vor, kostet Fr. 6.– und kann bei der Eidgenössischen Drucksachen- und Materialzentrale, EDMZ, 3000 Bern, bezogen werden.

Frauen sind in der eidgenössischen Politik noch immer krass untervertreten: im Nationalrat sind 18 Prozent Frauen, im Ständerat gar nur 8,7 Prozent Frauen.

Im Oktober 1995 finden die nächsten eidgenössischen Wahlen statt. Damit Frauen endlich entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung Einsitz in der Bundesversammlung nehmen können, braucht es gezielte Massnahmen. Denn es ist eine Tatsache, dass bei den Wahlen 1991 mehr Frauen denn je kandidierten, dass sie aber als Kandidatinnen zu wenig unterstützt und gewählt wurden.

Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen beschäftigte sich in den letzten Jahren laufend mit dem Thema «Frauen und Politik». So publizierte sie

1990 den Bericht «Nehmen Sie Platz, Madame» und 1992 eine Untersuchung der SRG-Vorwahlen 1991 an Radio und Fernsehen. Basierend auf diesen früheren Publikationen hat sie den Leitfaden «Frauen ins Parlament!»* erarbeitet, der sich an jene drei Adressatengruppen richtet, denen im Hinblick auf die Wahlen 1995 eine Schlüsselrolle zukommt: an die Parteien, die Frauenorganisationen und die Medien.

Der Leitfaden enthält in einem ersten Teil Fakten und Zahlen, welche die aktuelle Situation beleuchten. In einem zweiten Teil werden Massnahmen aufgelistet, welche vor und während des

* Frauen ins Parlament! Ein Leitfaden für Parteien, Frauenorganisationen und Medien zu den eidgenössischen Wahlen 1995. Hg. Eidgenössische Kommission für Frauenfragen.

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

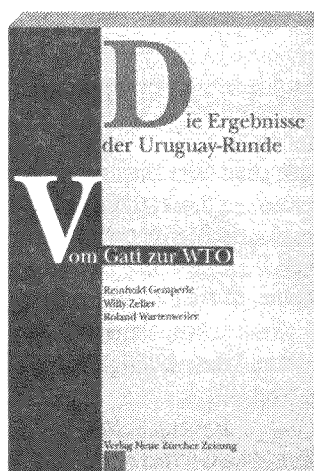
Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51.

Verantwortlich für die Redaktion:
Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:
Kretz AG, Verlag und Annoncen, General Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

Druck:
Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–



Die unter dem Dach der World Trade Organisation ausgehandelten Ergebnisse sind für die Schweiz von hervorragender Bedeutung.

Gemperle, Zeller, Wartenweiler
Die Ergebnisse der Uruguay-Runde vom Gatt zur WTO
84 Seiten, broschiert, Fr. 25.–

BESTELLUNG

Bitte senden Sie mir mit Rechnung:

___ Vom Gatt zur WTO, Fr. 25.–
zuzüglich Versandkosten

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Einsenden an Buchverlag Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich, Telefon (01) 258 15 05, Telefax (01) 258 13 99. Ebenfalls erhältlich am Schalter der NZZ, Zürich, Goethestrasse 10, und in Ihrer Buchhandlung.



100 Jahre FDP: Geburtstags- wünsche der CVP, SVP und SP

Sie sitzen gemeinsam in der Regierung, sie versuchen, trotz unterschiedlichen Standpunkten, Lösungen zu finden, sie streiten sich öfter, sie finden von Fall zu Fall Kompromisse: Die Rede ist von den Bundesratsparteien beziehungsweise ihren Vertreterinnen und Vertretern. – Aus Anlass des hundertsten Geburtstages der FDP baten wir die Generalsekretäre von CVP, SVP und SP um ihren Geburtstagswunsch für die FDP.

«And still going strong!»

Liebe FDP, Du hast Geburtstag. Und was für einen! Stolze runde 100 Jahre bist Du alt – and still going strong! Dazu möchte ich Dir auch im Namen der SVP ganz herzlich gratulieren.

Als GratulantIn sollte man nicht mit leeren Händen dastehen. Mit einem Geschenk aller-

SVP

dings kann ich nicht aufwarten. Auch Du kennst – obwohl weit rosiger gebettet – die finanziellen Nöte der Parteien. Ratschläge, selbstverständlich nur wohlmeinende, und gute Wünsche aber kosten nichts. Daran soll's denn auch nicht fehlen.

Wichtiger Ratschlag: bleib, wie Du bist. Allzu rigorose Veränderungen können nicht nur intern ihre gefährlichen Tücken haben, auch für uns wären sie kaum verkraftbar. Wie Du weisst, müssen wir uns ja bereits anderweitig immer wieder auf neue Kursänderungen einstellen.

Aber auch äusserlich möchten wir vor allzuviel Fassadenerneuerung warnen. Zwei total neue Outfits unserer grossen bürgerlichen Partner wären wohl nicht



SVP-Generalsekretärin Myrtha Welti.

nur für uns des Guten etwas zuviel. Darum bitte ich Dich inständig: Hände weg vor allfälligen Farbretuschen in Richtung Rosa/Lila. Hände weg auch vor neuen «Logoideen» wie etwa ein ineinander verschlungenes FP oder gar ein sich gegenseitig zugewandtes FD! Als SVP spreche ich da als Expertin: Was sich hundert Jahre bewährt hat, ist sicher gut!

F wie Freisinn: Als SVP meine Gedanken über den Freisinn offenzulegen, erscheint mir an dieser Stelle kaum angebracht. Es gibt aber noch andere Begriffe, die mit F beginnen. Frauen zum Beispiel. Und da wäre ich denn auch bereits bei meinem ersten

Wunsch. Er kommt aus tiefstem Herzen und ist bar jeden parteipolitischen Kalküls: Es wäre schön, wenn Du Dich in Zukunft etwas mehr um die Frauen kümmern könntest. Dass Du auf einige hochkarätige Exponentinnen zählen kannst, ist sehr erfreulich. Aber auch die Basis will gepflegt und gefördert sein. Ich wünsche Dir für die nahe Zukunft viele, viele Frauen, die mit guter bürgerlicher Frauenpolitik mithelfen, Lösungen für die brennenden Probleme zu suchen und zu finden.

D wie Demokratie: Auch hier will ich mir tiefeschürfende Bemerkungen über die Vorzüge,

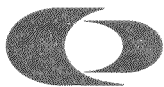
aber auch über die Sorgen, die gewisse Entwicklungen uns allen verursachen, sparen. Meinen zweiten Wunsch hätte ich allerdings bei D wie Diplomatie anzu bringen. Dabei steht es mir fern, Dir in irgendeiner Weise Vorhaltungen über Deine in letzter Zeit doch etwas erstaunliche Partnerwahl zu machen. Nur könntest Du dabei mit Deinen bürgerlichen Parteifreunden vielleicht etwas diplomatischer und informativer umgehen. Und grad noch ein zweiter diplomatischer Hinweis: Kritik muss man sich in der Politik zwar immer gefallen lassen, das Wie ist dabei aber nicht ganz unwichtig.

P wie Partei: Hundert Jahre sind ein langes, bewegtes Stück Parteigeschichte. Viel gäbe es dazu zu sagen. Ganz allgemeines auch. Wohin wir Parteien steuern, zum Beispiel, wäre eine durchaus erörternswerte Frage. Sie aber könnte vielleicht etwas nachdenklich stimmen. Und das passt nicht zu einem hundertjährigen Jubiläum. Die SVP weiss auch hier wie immer Rat: Mit Mut in die Zukunft! Feiern ist angesagt, und da fällt mir sogleich auch ein weiteres P ein. Es soll mit allen guten Wünschen bei Dir ankommen: Ein kräftiges PRO-SIT, liebe FDP!

Myrtha Welti
Generalsekretärin
der SVP der Schweiz

Verantwortung gewinnt!

Leicht gemacht haben es sich unsere Parteien in der Vergangenheit selten oder gar nie. Bis heute besteht eine gesunde Konkurrenz zwischen den beiden ältesten schweizerischen Parteien, eine Konkurrenz, die unseren Bundesstaat seit 1848 geprägt und wesentlich mitgestaltet hat. Es hat dies wohl auch gebraucht, dieses Sichreiben zwischen Liberalismus und Konservatismus, zwischen Zentralismus und Föderalismus, zwischen Bewahren und Gestalten. Nicht zuletzt dieser Antagonismus hat dazu geführt, dass wirk-



Christlichdemokratische Volkspartei
Parti Démocrate-Chrétien
Partito Popolare Democratico

lich extreme Kräfte in unserem Land bis heute keine Chance gehabt haben. Und bis heute gibt es in manchen Kantonen zwei Musi-



CVP-Generalsekretär Raymond Loretan.

ken in den Dörfern, zwei Turnvereine und zwei Wirtschaften. Überbleibsel oder Ballast der Geschichte?

Nun, es entspricht guter Sitte, der Jubilarin oder dem Jubilar einige gute Wünsche mit auf den Weg zu geben. Da wäre der FDP einmal zu wünschen, die unlängst verlorenen Söhne der

Spitzenindustrie mögen in ihren Schoss zurückkehren. Denn wenn diese schon nicht in der CVP politisieren, dann ist es besser, sie tun es in der FDP als gar nicht. Und auch vor der rechts-populistischen Versuchung möge sich der traditionsreiche schweizerische Freisinn – einige Exponenten gebärden sich in letzter

Zeit etwas gar «volksnah» – hüten.

Was wird die Zukunft bringen? Wie wird sich das Verhältnis zwischen FDP und CVP gestalten? Der Schritt von der Konfrontation zur Kooperation in wichtigen Landesfragen ist längst gemacht – von der Finanz- über die Verteidigungs- bis zur Aussenpolitik. Gewiss, in Einzelfragen wird es – und dies soll so sein! – auch inskünftig Meinungsunterschiede geben. Doch in einer Zeit, in der die politischen Institutionen von der Gemeindeversammlung bis zum Bundesrat an einem Vertrauens- und Autoritätsverlust leiden und polarisierende Kräfte links und rechts notwendige Entschiede blockieren, werden FDP und CVP zum Wohle unseres Landes noch stärker zusammenarbeiten müssen: für eine Politik der inneren Reformen, für eine aussenpolitische Öffnung unter Wahrung unserer Identität, für eine starke Wirtschaft in sozialer Verantwortung, für eine erneuerte Schweiz an der Schwelle zum dritten Jahrtausend.

Raymond Loretan
Generalsekretär der CVP
der Schweiz

Ein kritischer Geburtstagswunsch der SP

Einem Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz fällt es nicht leicht, der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz zum hundertsten Geburtstag zu gratulieren, denn wer einen Geburtstagsgruss überreicht, sollte eigentlich nichts Böses sagen, sondern in erster Linie Lob spenden und vor allem für die Zukunft alles Gute wünschen.

Doch erstens fällt mir das Lob für die FDP nicht sehr leicht. Zuviel Kritik müsste ich heute an dieser grossen historischen Partei üben, deren Politik nun mal im Grundsätzlichen nicht die unsere ist. Und zweitens treten wir gegen die FDP – genauso wie

gegen andere bürgerliche Parteien – an, um mehr Wähleranteile zu bekommen, schon viel lieber auf Kosten des bürgerlichen Blocks als des grünen-linken Lagers.

Dazu kommt, dass uns in der jüngeren und jüngsten Vergangenheit zu viele freisinnig-liberale Denker und Politiker(innen) vorrechnen wollten, das Zeitalter der Sozialdemokratie sei endgültig um – spätestens mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus im Osten Europas – und das Ende einer historischen Bewegung erreicht, die ihre soziale Korrekturfunktion mit dem Wohlstand der letzten Jahrzehnte erfüllt habe.

Das Gegenteil ist wahr: wer die achtziger und neunziger Jahre analysiert, stellt einen gegenläufigen Trend fest. Die soziale Frage war schon lange nicht mehr so explosiv, die Arbeits-



losigkeit wird – wenn die Anzeichen nicht täuschen – ohne grundlegende Korrekturen bei der Verteilung der Arbeit und Arbeitszeit trotz konjunkturel-

lem Wiederaufschwung bleiben, die Armut in unserem Land trotz dem hohen Pro-Kopf-Einkommen weiter zunehmen. Auch die Krankenkassenprämien sind für viele nicht mehr bezahlbar und die Mieten – trotz Hypozinsrückgang – für viele unerträglich hoch. Der Zusammenbruch der staatssozialistischen Bürokratien im Osten bedeutet so wenig das Ende der Sozialdemokratie und das Ende der sozialistischen Utopien wie umgekehrt den politischen Durchbruch eines in erster Linie an der Marktideologie orientierten politischen Liberalismus.

Doch wer einen Geburtstagsgruss übermittelt, sollte eigentlich nicht in erster Linie von sich selber reden, sondern von der Partei, die jetzt auf hundert Jahre zurückschaut. Und das ist die FDP.

Die Freisinnig-Demokratische Partei hat in der Entwicklung des



SP-Generalsekretär André Daguét.

schweizerischen Bundesstaates und der modernen Schweiz unbestrittenermassen grosse historische Verdienste. Dazu möchte ich der FDP aus Anlass des hundertsten Geburtstags gratulieren.

Die SP ist aber noch ein wenig älter als die FDP. Unser Gründungsjahr ist das Jahr 1888. Deshalb darf ich mir mit dieser Gratulation auch einige wohlwollende Ratschläge an die Adresse der FDP erlauben, dies ist das gute Recht des Älteren. Jede Bewegung büsst im Verlaufe der Zeit an der ursprünglichen politischen Dynamik und Innovationskraft ein. So hat es die SP erlebt – die SP hat immerhin sechs Jahre Vorsprung –, so muss es heute die FDP erleben. Das Reformistische, das Innovative, das Utopische, das in der Bundesstaatsentwicklung angelegt ist, ist irgendwie weg.

Wenn ich einen Ausblick tue, dann wünsche ich mir von diesem Innovatorischen wieder etwas mehr auch bei der FDP. Wir werden und wir können uns politisch auch in den nächsten hundert Jahren nicht gegenseitig auf die Schultern klopfen. Wir werden als politische Antipoden miteinander auch keine Fusion eingehen. Und wir werden ebenso

wenig von den zum Teil sehr harten politischen Auseinandersetzungen wegkommen. Das ist auch gar nicht nötig.

Keine Partei macht allein den politischen Frühling. Und deshalb wünschte ich mir – auch von und mit der FDP –, dass es im Interesse der Zukunft unserer Gesellschaft mehr gelingen wird, neue politische Ideen politisch durchzusetzen. FDP und SP haben in der Drogenpolitik einen guten, beispielhaften Anfang gemacht. Ich wünsche mir eine FDP, die auch in der Europafrage endlich wieder Fuss fasst und nicht vor den Alleingängern leise tritt und die mithilft, dass im Interesse einer zukunftsorientierten Wirtschaft der ökologische Umbau von Wirtschaft und Landwirtschaft unverzüglich in Gang kommt.

Hundert Jahre ist ein sehr hohes Alter. Und dennoch ist es nie zu spät, politisch hinzuzulernen. Dass dies geschieht, ist mein Geburtstagswunsch für die FDP.

André Daguét,
Generalsekretär
der SP der Schweiz

KOLUMNE

Hundert Jahre – und danach?



Es dürfte *Weltrekord* bedeuten, dass eine Partei während anderthalb Jahrhunderten ununterbrochen und massgeblich an der Regierungsmacht und -verantwortung beteiligt gewesen ist und sogar während zwei Dritteln dieser Zeit die Mehrheit der Regierungsmitglieder stellte. Seit der Gründung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) am 25. Februar 1894 in Olten sind zwar erst hundert Jahre vergangen; aber die Freisinnigen hatten bereits 1830/31 liberale Verfassungen in zahlreichen Kantonen eingeführt und dann 1848 gegen den konservativen Widerstand den schweizerischen Bundesstaat durchgesetzt. Sie stellten denn auch bis 1891 alle sieben Bundesräte (und bis 1943 die Mehrheit in der Landesregierung). 1874 gelang es dem Freisinn, rechtzeitig die Bundesgewalten durch eine Totalrevision der Bundesverfassung so weit zu stärken, dass sich die Schweiz auch gegenüber den neu entstehenden mächtigen Nationalstaaten im Norden und im Süden behaupten konnte. Wenn auch die drei freisinnigen Strömungen der Liberalen, der Radikalen und der Demokraten vor allem in den Fragen der Staatskompetenzen unterschiedliche Auffassungen hatten, so waren sie sich doch im Ziel der Bewahrung des *liberalen und demokratischen Gehalts des Bundesstaats* einig.

Nach der Einführung des Proporzes 1919 ging die FDP-Vertretung im Nationalrat von 105 auf 60 (von 189) Sitzen zurück; es zeichnete sich bald eine ähnliche Stärke der Bundesratsparteien ab, wie sie heute noch besteht. Aber die FDP wurde auch weiterhin von den andern als *staatstragende Partei der Mitte* respektiert, so dass man ihr bis in den Zweiten Welt-

krieg die Mehrheit im Bundesrat beliefs.

Die FDP stand denn auch – meist zusammen mit andern politischen Kräften – immer an vorderster Front, wenn es galt, das *liberale Erbe zu bewahren*. 1918 trat sie den revolutionären Gelüsten auf dem äussersten linken Flügel der Landesstreikführer entgegen, 1933 nahm der Schweizer Freisinn (nach dem Fehltritt der Zürcher Stadtpartei) die deutliche Abgrenzung gegen die Fronten vor, am Ende des Zweiten Weltkrieges erwies sich die FDP als standfest gegenüber dem «Ostwind» der Partei der Arbeit, und schliesslich beantwortete sie nach 1968 die ausserparlamentarischen Angriffe auf den Rechtsstaat mit einer Neubesinnung auf die liberalen Grundsätze.

Dass sie nach so langer Zeit wieder die stärkste Fraktion in der Bundesversammlung stellt, ist wohl ein Phänomen. Sie wird ihre Position dann behalten können, wenn sie auch in Zukunft eine für die aktuellen Probleme *offene Partei* bleibt, die den grossen Sachverstand in ihren Reihen für konkrete, realistische Lösungen einzusetzen vermag. Nicht einfach wird es sein, das einigende liberale Credo auch in den aussen-, umwelt- und verkehrspolitischen Sachfragen u. a. mit unterschiedlichen Meinungen genügend zur Geltung zu bringen. Entscheidend aber wird sein, dass die Partei die Bildung einer abgeschotteten «*Classe politique*» in ihren Reihen zu verhindern weiss und *in ständiger Tuchfühlung mit der Basis* bleibt. Das hervorragende Spiel der Musik an der Spitze des Umzugs nützt nichts, wenn die Distanz zum Gros so weit ist, dass dieses geradeaus weitermarschiert, obwohl die Musik links abgeschwenkt ist.

Kurt Müller

Alt Nationalrat
Dr. Kurt Müller, Meilen ZH

FDP-POSITION

Vorbehaltlos Ja

Vorbehaltlos Ja zum Abkommen der Uruguay-Runde des Gatt sagt die FDP der Schweiz in ihrer Vernehmlassungsantwort. Die Partei erinnert daran, dass die Schweiz seit 1958 im Gatt mitwirkt und seit 1966 Mitglied der Organisation ist. Sie ist als besonders stark mit der Weltwirtschaft vernetztes Land darauf angewiesen, dass die Handelsströme weltweit möglichst ungehindert fließen können. Dies liegt im Interesse nicht nur eines Teils der Gesellschaft, sondern aller, weil die Sicherung der Arbeitsplätze und damit die Wohlfahrt der ganzen Bevölkerung in hohem Masse abhängig ist vom Austausch von Gütern und Dienstleistungen. Schliesslich weist die FDP darauf hin,

dass – entgegen der Abstimmung über den EWR – für die Schweiz im Falle einer Ablehnung des Gatt-Vertrages nicht weiterhin der Status quo gelten würde. Vielmehr fiele unser Land vollständig aus dem Regelwerk des Welthandels heraus und stünde so diskriminierenden Praktiken im internationalen Handel ohne wirksame Instrumente gegenüber.

Die erzielten Ergebnisse der Uruguay-Runde des Gatt beurteilt die FDP positiv. Sie begrüsst die Fortschritte mit dem Ausbau des Vertragswerkes in seinen traditionellen Bereichen und seiner Erweiterung auf die Dienstleistungen, das geistige Eigentum und die Investitionen. Die durch die Welthandelsorganisation (WTO) verstärkte organisatorische Struktur entspricht einer Notwendigkeit und kommt den

Interessen der Schweiz nach Beständigkeit und Rechtssicherheit entgegen.

Als Folge der Uruguay-Runde muss die Schweiz ihre Landwirtschaftsgesetzgebung innert sechs Jahren anpassen. Die FDP erachtet diese Umstellungen als tragbar. Sie begrüsst es, dass es weiterhin möglich sein wird, das System der Direktzahlungen aufrechtzuerhalten. Den Abbau von Exportsubventionen, die weltweit Wettbewerbsverzerrungen hervorrufen, betrachten die Freisinnigen als notwendige Massnahme. Aus ihrer Sicht erwünscht ist die Umgestaltung der produktbezogenen Einfuhrregelungen in Zölle. Die Uruguay-Runde des Gatt umfasst alle Wirtschaftszweige. Sie bedingt und erleichtert zugleich die Überwindung eines rein sektoriellen Denkens. Innerstaatlich können denn

auch die Landwirtschaft, die industrielle und gewerbliche Produktion sowie die Dienstleistungen immer weniger gegeneinander abgeschottet werden. Die Herausforderung des Gatt bedingt geradezu eine verstärkte Solidarität unter den verschiedenen Wirtschaftssektoren unseres Landes.

Die FDP erachtet die vom Bundesrat vorgeschlagene Vorgehensweise, für das Gatt-Abkommen und alle zu ändernden Gesetze jeweils separat die Möglichkeit des fakultativen Referendums vorzusehen, als richtig. Auf diese Weise kann verhindert werden, dass sich Widerstände gegen einzelne Bestimmungen kumulieren. Ebenso lassen sich auf diese Weise innen- und aussenpolitische Anliegen entkoppeln. ■

100 Jahre FDP

PIN

Am 17. September 1994 feiert die FDP der Schweiz in Olten, wo sie 1894 gegründet wurde, ihr hundertjähriges Bestehen. Dafür wurde ein neuer Pin hergestellt. Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Festakt erhalten ihn als Bestätigung für ihre Zahlung. Sie können den Pin aber auch unabhängig vom Festakt bestellen, als FDP-Mitglied oder als Pin-Sammler. Die Auflage beträgt 2000 Exemplare.



Auslieferung Ende September.

FESTSCHRIFT

Die «Politische Rundschau» Nr. 2/3 erscheint als Festschrift. Sie enthält hochkarätige Artikel von rund zwanzig Autorinnen und Autoren, welche sich nicht nur mit der Vergangenheit, sondern auch mit der Zukunft des Freisinns beschäftigen. Umfang: über 200 Seiten. Wenn Sie die «Politische Rundschau» der FDP nicht schon abonniert haben, bestellen Sie die Festschrift. Da wir möchten, dass diese Publikation von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern gelesen wird, haben wir den Preis für dieses Buch mit Fr. 15.– sehr tief angesetzt.

Zusätzlich offerieren wir Ihnen in Kombination damit:

■ Wenn Sie die politische Vierteljahresschrift der FDP, die «Politische Rundschau», jetzt abonnieren, erhalten sie für nur Fr. 20.– (= jährliche Abbonnementskosten) mit der Festschrift zugleich den ganzen Jahrgang 1994. (Als «Politische Rundschau» Nr. 1 ist der Bericht Wege aus der Arbeitslosigkeit erschienen, als Nr. 4 ist die Veröffentlichung des Seniorenberichts geplant.)

■ Ist Ihnen das Buch «60 Jahre eidgenössische Politik. Ein Beitrag zur Parteigeschichte des schweizerischen Freisinns» von Eugen Dietschi ein Begriff? Es ist 1979 erschienen und behandelt die Zeit von 1919 bis 1979 (gebunden, 462 Seiten). In Kombination mit der Festschrift erhalten Sie es jetzt für zusammen nur Fr. 20.–.

■ Wollen Sie gleich alles: ein Abonnement der «Politischen Rundschau», die Festschrift und das Buch von Eugen Dietschi? Für total Fr. 30.– erhalten sie alles portofrei in Ihren Briefkasten.

Talon

Ja, ich bestelle (portofrei):

Ex. des speziellen FDP-Pins 100 Jahre zum Preis von je Fr. 5.–. Auslieferung Ende September 1994.

Ex. der «Politischen Rundschau» Nr. 2+3/1994 «Für eine Schweiz mit Zukunft. Hundert Jahre FDP der Schweiz» zum Preis von je Fr. 15.–. Auslieferung Mitte September 1994.

Ich bestelle nicht nur die Festschrift, sondern werde auch Abonnent der «Politischen Rundschau» und erhalte den ganzen Jahrgang 1994 für Fr. 20.–. Auslieferung Mitte September 1994.

Ich bestelle zusammen mit der Festschrift auch das Buch von Eugen Dietschi: «60 Jahre eidgenössische Politik» zum Preis von zusammen Fr. 20.–. Auslieferung Mitte September 1994.

Ich bin an allem interessiert, an einem Abonnement der «Politischen Rundschau», an der Festschrift und zugleich am Buch «60 Jahre eidgenössische Politik» von Eugen Dietschi, und bezahle dafür Fr. 30.–. Auslieferung Mitte September 1994.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

Ausgabendynamik bremsen

Die Lage der öffentlichen Finanzen ist – man weiss es – besorgniserregend. Die FDP hat früh darauf hingewiesen, so an den Delegiertenversammlungen vom 11. Januar 1992 in Bern, vom 23. Januar 1993 in Lenzburg und vom 15. Januar 1994 in Zürich. Am 20. August 1994 standen die öffentlichen Finanzen erneut im Zentrum. Dabei gaben die Delegierten der Marschrichtung von Partei und Fraktion grünes Licht. In der Zwischenzeit hat der Bundesrat sein drittes Sanierungspaket vorgestellt. Die Partei ist damit gar nicht einverstanden.

AMK. Im Hinblick auf die Sanierungsberatungen im Parlament hat sich die FDP laufend ausführlich und konkret mit der Sanierungsfrage befasst. 1993 machte sich die Arbeitsgruppe «Sanierung Bundeshaushalt» unter dem Präsidium von Nationalrat Gerold Bührer (SH) an die Arbeit und verfertigte in der Folge ständig aktualisierte Grundlagen, die letztlich das Ziel verfolgen, die Ausgabendynamik zu bremsen.

Immense Arbeit

An der letzten Delegiertenversammlung vom 20. August 1994 standen die öffentlichen Finanzen erneut im Zentrum der Beratungen. Die Delegierten diskutierten auf der Grundlage eines 14seitigen Berichts,* zusätzlich einer Liste mit Sparmassnahmen nach Aufgabenbereichen, Tabellen und Grafiken sowie ausfor-

mulierter Anträge zu institutionellen Reformen zur strukturellen Sanierung des Bundeshaushaltes.

Es braucht wohl nicht betont zu werden, dass hinter solchen Papieren eine immense Arbeit steckt, die über das hinausgeht, was eine Partei eigentlich zu leisten hat. So müssten konkrete Einsparungen nach Aufgabenbereichen in Millionen Franken, wie sie die FDP auf fünf Seiten auflistet, eigentlich in der Verwaltung erarbeitet werden. Da aber von seiten des Finanzdepartementes keine entsprechenden Vorschläge unterbreitet wurden, mussten freisinnige Spezialisten

* Das FDP-Papier «Massnahmen zur Sanierung des Bundeshaushaltes» vom 20. August 1994 kann auf dem FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51, gratis bestellt werden.

Fortsetzung auf Seite 12



Grünes Licht für die FDP-Finanzpolitik.

(Photo ruti)

INTERVIEW

«Ich weiss nicht, wer «nichts gelernt» hat»

Zusammen mit ihrem Fraktionskollegen Gerold Bührer (SH) hat sich Nationalrätin Vreny Spoerry (ZH) intensiv mit dem dritten Sanierungspaket auseinandergesetzt. Von der Finanzspezialistin wollten wir wissen, warum die FDP damit nicht einverstanden ist.

Bundesrat Stich sagte an der Pressekonferenz, bei der er das dritte Sanierungspaket vorstellte: Wer nur ausgabenseitig sparen wolle, «hat nichts gelernt und alles vergessen». Sie wollen zusammen mit der Partei nur ausgabenseitig sparen. Haben Sie «nichts gelernt»?



Vreny Spoerry: «Ich weiss nicht, wer «nichts gelernt und alles vergessen hat». Die FDP jedenfalls hat nicht

vergessen, wie viele Mehreinnahmen innerhalb von zwei Jahren gefordert wurden: 20 Rappen mehr Benzinzoll, eine Mehrwertsteuer zum erhöhten Satz von 6,5 Prozent, Korrekturen bei der Tabaksteuer, der Vignette und der Schwerverkehrsabgabe. Das alles führt zu Mehrbelastungen von etwa drei Milliarden Franken.

Wir vergessen auch nicht, dass wir zusätzlich gezwungen sein dürften, vorübergehend ein Lohnprozent mehr für die Arbeitslosenversicherung zu verlangen und dass wir die Forderung nach Mehreinnahmen mit der Zusicherung koppelten, uns auch ausgabenseitig anzustrengen. Diesen Tatbeweis sind wir noch schuldig.

Wir haben in den achtziger Jahren gelernt, dass Einnahmen, die stärker als das Bruttosozialprodukt wachsen, nicht zur Reservebildung eingesetzt werden, sondern dass die Ausgaben noch stärker wachsen, weil die Wünsche sich vermehren und die Ausgabendisziplin nachlässt. Deshalb ist es nun unsere Pflicht zu versuchen, die Ausgaben wieder mit den bereits bewilligten

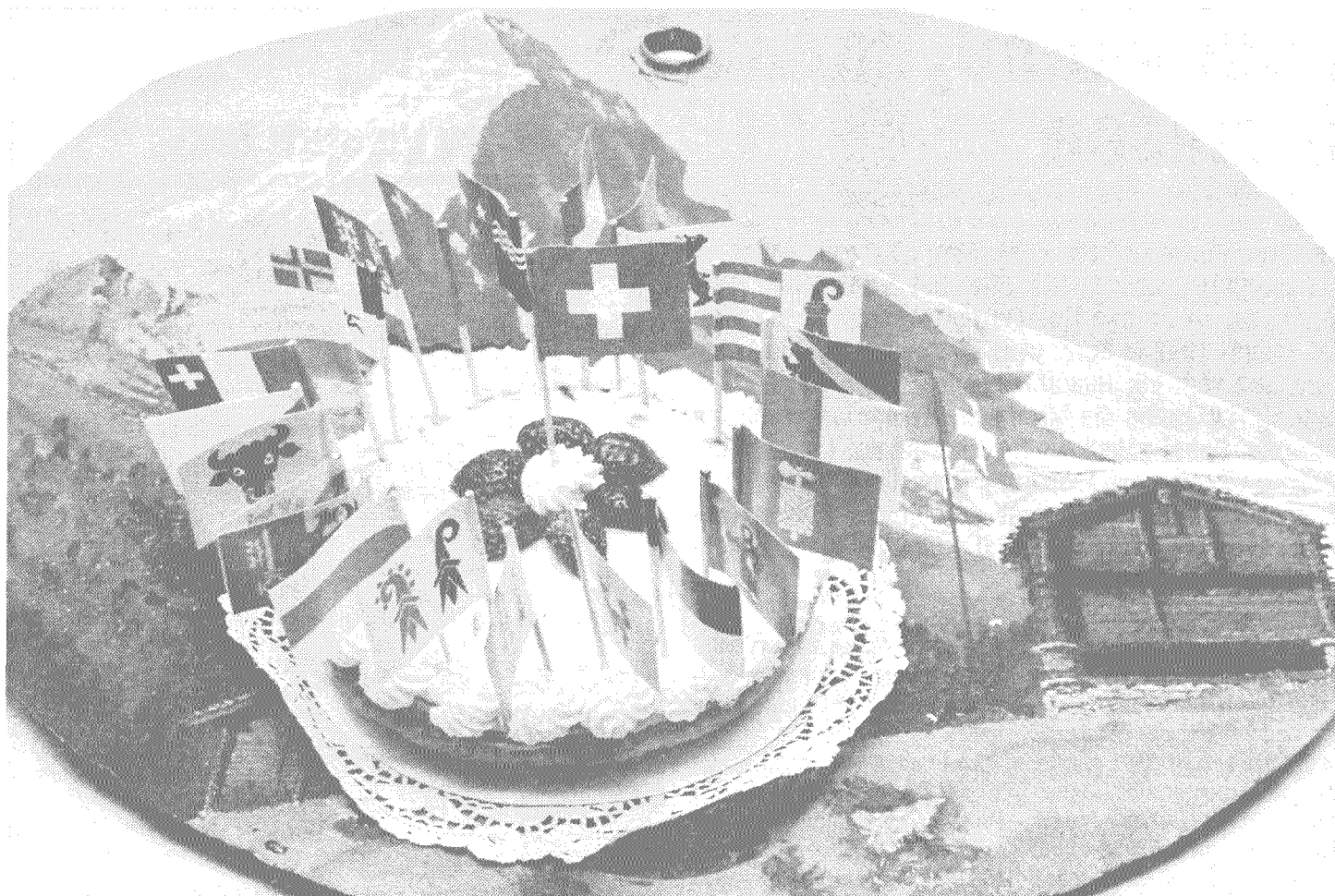
Einnahmen in Einklang zu bringen.»

Sie kritisieren, die von Bundesrat Stich vorgeschlagenen Kürzungsmassnahmen in der Höhe von 1,6 Milliarden Franken seien zu einem grossen Teil kosmetischer Natur. Können Sie uns dafür Beispiele nennen?

Vreny Spoerry: «Ja, in diesen 1,6 Milliarden Franken enthalten ist z. B. eine Kürzung des Bundesbeitrages an die AHV von heute 17,5 Prozent auf 17 Prozent an die Gesamtausgaben von 25 Milliarden Franken (1995). Die damit in der Laufenden Rechnung «eingesparten» Mittel müssen neu dem AHV-Reservefonds entnommen werden, der ohnehin bald wie Schnee an der Sonne schmilzt und dadurch einfach noch rascher aufgebraucht wird. Zusätzlich will der Bundesrat den AHV- und IV-Beitragsatz für Selbständigerwerbende dergestalt erhöhen, dass für diese Sozialwerke ein Mehrertrag von 100 Millionen Franken resultiert. Es handelt sich also ganz klar um Mehreinnahmen und nicht im entferntesten um Sparmassnahmen.

Ein weiteres Beispiel ist der Vorschlag, beim Nationalstrassenbau mit einer sogenannten Änderung der Finanzplanvorgaben, sprich mit einer Erstreckung der Realisierung, 310 Millionen Franken «einzusparen». Das ist buchhalterische Kosmetik. Die Gelder sind zweckgebunden und können nicht anderweitig eingesetzt werden. Zudem hat der Souverän nun zu verschiedenen Malen Abstriche am Nationalstrassennetz abgelehnt

Fortsetzung auf Seite 12



Ureigene schweizerische Interessen müssen auch ausserhalb der Landesgrenzen verteidigt werden. Im Moment aber ist die Schweiz aussenpolitisch isoliert. (Photo Keystone)

Gedanken von aussen zur schweizerischen Europapolitik

Volksabstimmungen lösen nicht immer Probleme – im Gegenteil. Das emotional bedingte Zufalls-Nein des Souveräns gegen den schweizerischen Beitritt zum EWR (das Stände-Nein war zugestandenermassen deutlicher) hat mehr Probleme geschaffen als gelöst. Die grösste Freihandelszone der Welt, die zwischen Arktis, Atlantik, Mittelmeer und der Oder 372 Millionen Konsumenten mit einem BSP von rund zehn Trillionen Franken zusammenbringt, ist am 1. Januar 1994 ohne die Schweiz entstanden.

Daniel Woker, Paris*

Das ist zunächst einmal absurd. Absurd für ein Land, das sich als Gralshüter des Freihandels versteht und dies, etwa im GATT,

* Dr. iur., Botschaftsrat für europäische Angelegenheiten an der schweizerischen Botschaft in Paris, Mitglied der FDP Schweiz International, Vizepräsident von 1992 bis 1994.

auch erfolgreich unter Beweis stellt. Konkrete Nachteile werden zudem nicht auf sich warten lassen: Standortnachteile für die schweizerische Industrie, mühsamer und erniedrigender Wettlauf unserer Politiker und Behörden um bilaterale Konzessionen der EWR-Länder, höhere Kosten in Form von Gegenleistungen für solche Konzessionen und – viel-

leicht am entscheidendsten – fehlende europapolitische Perspektiven für jene Teile der schweizerischen Volkswirtschaft, ja der Schweiz schlechthin, welche am engsten im internationalen Umfeld verankert sind: mittlere und kleinere Betriebe ohne bereits bestehende Verankerung in der EG; die Jungen, die im Ausland studieren und arbeiten wollen; die Welschschweiz, welche eine schleichende Abkapselung von Frankreich nicht hinnehmen wird; die dynamischsten Grenzkanzone usw. Das dröhnende Schweigen der EWR-Gegner, wenn die Frage nach ihren längerfristigen Alternativen zum EWR gestellt wird, ist hinlänglicher Beweis, dass diese Nachteile im Ernst nicht bestritten werden können.

Institutionelle Isolation

Hier sei aber ein weiterer negativer Effekt des 6. Dezembers 1992 ausgeführt, der eigenartigerweise in der seitherigen Diskussion zu kurz gekommen ist: die institutionelle Isolation der Schweiz. Nach der schicksalsschweren Abstimmung ist gerne und oft der Refrain der innenpolitischen Basis aller Aussenpolitik angestimmt worden. Dies ist natürlich richtig. Ebenso richtig und wichtig ist es, diese Argumentation einmal umzudrehen: Die aussenpolitischen Realitäten, denen sich die Schweiz heute gegenüber sieht, verdienen ebenso gründliche und vorurteilslose Prüfung und entsprechende Berücksichtigung wie die Innenpolitik bei der Festlegung der zu-

künftigen Europapolitik der Schweiz.

Das aussenpolitische Rohmaterial dafür kommt, mit Verlaub sei es gesagt, in erster Linie von den Vertretern der offiziellen Schweiz im Ausland, den vielgeschmähten Diplomaten, von denen sich übrigens nicht wenige und teilweise nicht die geringsten zu freisinnigen Werten bekennen. Sie sind ausgebildet und werden vom schweizerischen Steuerzahler bezahlt, nicht um innenpolitisch Passendes, sondern aussenpolitische Realitäten – dort, wo diese entstehen, nämlich im Kontakt mit ausländischen Meinungsträgern – zu erfassen und zu übermitteln.

Ihnen werden bekanntlich gerne und oft, mitunter auch vom eigenen Parteipräsidenten (vgl. NZZ vom 8. Oktober 1992), die innenpolitischen Leviten verlesen. Dies entspricht einem republikanischen und bundesstaatlichen Reflex und ist wohl auch gut so. Er darf aber nicht zur Bestrafung des Überbringers schlechter Nachrichten oder zur innenpolitisch bequemen Verneinung solcher Probleme erarten. Die Nachrichten von aussen sind nämlich tatsächlich schlecht. Die Schweiz ist aussenpolitisch im Moment isoliert.

Nicht, dass uns das Nein vom 6. Dezember 1992 zum Vorwurf gemacht wird. Aber seine Konsequenz ist die völlige Nichtteilnahme. Dänemark blieb auch nach seinem anfänglichen Mastricht-Nein Mitglied der Gemeinschaft und musste von den anderen elf entsprechend behandelt werden. Ähnliches galt für Österreich und gilt für die gegenwärtigen Unionskandidaten – Schweden, Norwegen und Finnland – im Fall negativer Volksentscheidungen, sie bleiben Mitglied des EWR. Wir sind es nicht; schweizerischen Wünschen kann, muss aber nicht Rechnung getragen werden.

Vor dem 6. Dezember 1992 ist von den EWR-Gegnern in der Schweiz viel vaterländischer Lärm wegen angeblicher Souveränitätseinbusse in EWR und EG vollführt worden. Die gegenwärtige wirtschaftspolitische Situation der Schweiz ist in dieser Perspektive um einiges weniger

komfortabel, als sie es unter EWR-Vorzeichen wäre.

Sicherheitspolitische Realitäten

Die sicherheitspolitischen Realitäten für die Schweiz sehen nicht besser aus – im Gegenteil. Auch hier sind wir primär nicht dabei. In der Uno nicht und schon gar nicht in der Nato.

Wiederum trifft uns kein eigentlicher Vorwurf von aussen, angesichts dieser aus Geschichte und Geopolitik einigermaßen nachvollziehbaren Tatsachen. Deren Konsequenz ist aber wiederum jene unserer wirtschaftspolitischen Abseitsstellung: Wo andere kraft ihrer Teilnahmerechte mitreden, versucht die Schweiz mit freiwilligen Beiträgen, informeller Präsenz und als «Goodwill-Surfer» dabeizusein. Dies wird von aussen erstens als Mangel an Solidarität und zweitens als erstaunliche Selbstverstümmelung – die Schweiz wäre willkommen, wenn sie nur selber wollte – perzipiert.

Kein Sonderfall

Sie will aber im Moment offensichtlich nicht, sondern will à tout prix anders sein. Warum? Sonderfall-Gezeter hilft hier nicht weiter. Heute, 1994 – und nicht 1515 oder 1914 oder 1939 –, ist die Schweiz ein mittlerer westeuropäischer Staat, der sich in grundlegenden Wertvorstellungen und gesellschaftlicher Realität in nichts von vergleichbaren Partnerstaaten unterscheidet. Österreich, auch Slowenien sind ebenso demokratisch wie die Schweiz, Schweden hat weniger Drogentote, Holland weniger grenzüberschreitende Kriminalität, die bayrische Durchschnittsfamilie kann sich ebenso Ferien in Thailand leisten wie ihr ostschweizerisches Pendant. Ja sogar das schweizerische Arbeitsparadies ist nicht mehr, was es war: Die Arbeitslosigkeit hat sich im Gleichschritt mit der europäischen Wirtschaftskrise auch bei uns kräftig erhöht, wenn auch von einem tieferen Ausgangsstand.

Was not tut

Freisinnig im Sinne von frei gesinnt scheint es mir zu sein, auch

diese aussenpolitischen Realitäten offen zur Kenntnis zu nehmen und sie breit zu diskutieren. Dies bedeutet nicht, innenpolitische Realitäten zu verkennen und Volksentscheide nicht zu akzeptieren. Es schliesst noch weniger aus, mit eigener Anstrengung auf eine schwierige Lage zu reagieren. Damit ist das oft verwandte Argument gemeint, jetzt sei nicht bedauernd zurück-, sondern trotzig vorzuschauen, um aus eigener Kraft das zuwege zu bringen, was uns der EWR institutionell bedingt gebracht hätte. Gut so, aber dies reicht nicht. Bilaterale Abkommen zum Beispiel sind eine notfallmässige Überbrückungsmassnahme, mehr nicht.

Was not tut, ist zunächst die vorurteilslose Bestandesaufnahme. Eine solche muss möglich sein ohne rituellen direktdemokratischen Schneekentanz um die Vox populi mit entsprechender temporärer Sprachlosigkeit der – in casu ja nur hauchdünn unterlegenen – Minderheit. Der 6. Dezember 1992 war und bleibt ein schwarzer Sonntag in der eigenössischen Politgeschichte. Dazu ist auch heute laut und deutlich zu stehen, da dies nicht subjektiver Empfindlichkeit, sondern objektivem Befund nach aussenpolitischer Analyse der gegenwärtigen Lage der Schweiz in der Perspektive unserer wichtigsten Partner entspricht.

Freisinnige Europapolitik

Politik, auch Aussenpolitik, bedeutet dienen, aber auch führen. Entsprechend sollte die Reaktion dieser im eigenen Verständnis klassischen, staatstragenden Partei auf den vorstehenden Befund ausfallen. Einige Programmpunkte einer freisinnigen Europapolitik könnten etwa so aussehen:

■ Förderung, nicht Verhinderung von Europadebatten in Parlament und Öffentlichkeit. Die Debatten werden ohnehin stattfinden. Besser, sie zu führen, als davon mitgetragen zu werden.

■ Besetzung des Europaterains auch und gerade mit Blick auf die nächsten Wahlen. Vergleichbare Parteien – etwa die schwedischen Konservativen – haben damit in der Vergangen-

heit gute Erfahrungen gemacht. Was wahrlich am nationalistischen rechten Rand abgehen mag, ist in der breiten, urban geprägten Mitte doppelt zu gewinnen.

■ Kompromisslose Verfechtung konkreter Projekte zur aussenpolitischen Öffnung der Schweiz.

■ Noch klarere Sprache und vor allem Konsequenzen mit Blick auf die verschwundenen Voraussetzungen für aussenpolitische Neutralität. Neutral zwischen wem? Gute Dienste sind heute nur noch in der Uno (auch Monaco und Andorra sind jetzt dabei) gefragt; für Vermittlung werden jene Länder mit guten, institutionalisierten Verbindungen herbeigezogen (Beispiel: Norwegen von der PLO und Israel); die Nato umfasst in der einen oder anderen Form (nordatlantischer Kooperationsrat, «partnership for peace) bald alle Staaten des grossen Europa.

■ Schliesslich und wohl zentral: die unmissverständliche Feststellung, dass ureigene schweizerische Interessen heute auch ausserhalb der Landesgrenzen verteidigt werden müssen.

Speziell der letzte Punkt ist für die Schweiz eine schmerzliche, politisch kaum sehr populäre Angelegenheit. Die Alternative dazu wird in Zukunft aber schlimmer sein: der mit Gleichgültigkeit übergangene Aussenseiter wird seine ureigensten Interessen immer weniger verteidigen können. Aussenpolitik, zumal für einen Staat wie die Schweiz, ist unbestechlich: letztlich erhält man so viel heraus, wie man hineingegeben hat. 0,33 Prozent des BSP für Entwicklungshilfe plus etwas Osthilfe und das IKRK sind schön, reichen aber nicht. ■

Ausgabendynamik bremsen

Fortsetzung von Seite 9

das Heft in die Hand nehmen. Nun liegt der Ball wieder beim zuständigen Bundesrat, der ihn aufnehmen sollte, um ihn dann dem Parlament zuzuwerfen.

Die FDP ist vor allem beunruhigt über die zukünftige Entwicklung des Bundeshaushaltes: Auf Grund der Ausgabenperspektiven muss damit gerechnet werden, dass selbst bei einem realen Wirtschaftswachstum von zwei Prozent ein struktureller Defizitsockel in der Grössenordnung von gegen fünfzig Prozent des aktuellen Fehlbetrages verbleibt.

Weitere Steuererhöhungen zur Beseitigung dieses Defizits lehnt die FDP ab, nachdem es auf der Einnahmenseite mit dem Übergang zur Mehrwertsteuer bereits gelungen ist, eine solide Grundlage für die Zukunft zu errichten. Überdies haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Frühjahr 1993 auch der Erhöhung der Treibstoffzölle zugestimmt.

Die FDP hat in ihrer Finanzpolitik, eines der zentralen Themen der Partei, klare Leitlinien, die über die Tagesaktualität hinausgehen:

- Die Staatsquote aller drei Ebenen muss auf ein vernünftiges Niveau zurückgeführt werden.
- Die öffentlichen Haushalte müssen wieder auf eine gesunde Basis zurückgeführt werden.
- Alle Staatsausgaben müssen laufend auf ihre Notwendigkeit überprüft werden.
- Die notwendigen Staatsaufgaben müssen so effizient wie möglich erfüllt werden; Privatisie-

rungen und das Outsourcing von Dienstleistungen sind voranzutreiben.

■ Steuern müssen wettbewerbsneutral ausgestaltet sein. Steuern und Sozialabgaben dürfen die Leistungsbereitschaft nicht hemmen. Nach dem starken Anstieg seit 1970 darf die Fiskalquote nicht mehr weiter ansteigen.

■ Das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern ist zugunsten der indirekten Steuern zu verbessern. Vor allem der Bundeshaushalt ist vermehrt über indirekte Steuern zu finanzieren.

Als kurzfristige Massnahmen zur Erreichung dieser Ziele schlägt die FDP vor:

■ Das Budget 1995 ist nach Ausklammerung der Beiträge an die Arbeitslosenversicherung auf ein Ausgabenwachstum im Rahmen der Teuerung zu beschränken.

■ Für das Sanierungsprogramm 1994 sind folgende Sparmassnahmen vorzunehmen:

- Keine Kompensation der eingesparten Stellen im EMD.
- Anrechnung der vorgesehenen Arbeitszeitverkürzungen an die Löhne.

– Überarbeitung der Ämterklassifikation.

– Beschränkung des Zuwachses der Entwicklungshilfe auf die erwartete Teuerung.

– Abbau von teuren Normen, insbesondere in den Bereichen Bau und Umweltschutz.

– Restriktivere Fürsorgestandards bei Asylbewerbern.

– Abbau von Doppelspurigkeiten bei Bundesämtern; verbesserte Koordination und Straffung bei den Auslandsvertretungen.

– Aufschub des Projektes zur amtlichen Vermessung.

– Etappierung der Neat.

Damit mittelfristig das strukturelle Defizit abgebaut und der Bundeshaushalt von Grund auf in Ordnung gebracht werden kann, will die FDP folgende institutionelle Voraussetzungen schaffen:

■ Ein allgemeinverbindlicher dringlicher Bundesbeschluss über die Begrenzung des Ausgabenwachstums soll für das Budget 1995 sowie für die Finanzplanperiode 1996–1998 die rechtliche Basis schaffen, da-

mit der Bundesrat zur Einhaltung der Wachstumsvorgabe im Rahmen der Teuerung erforderlichen Massnahmen treffen kann.

■ Durch eine Erweiterung von Art. 42^{bis} BV soll der Grundsatz, wonach der Fehlbetrag der Bilanz abzutragen ist, weiter konkretisiert werden. Demnach darf, von ausserordentlichen wirtschaftlichen Lagen abgesehen, der Zuwachs der Bundesausgaben das geschätzte mittelfristige Wachstum des Bruttoinlandproduktes nicht überschreiten.

■ Ein seit langem erkannter Bedarf an institutionellen Änderungen liegt im Bereich des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen. Die Effizienz des gesamten Transferhaushaltes muss verbessert werden. Bis

Ende 1996 soll zusammen mit den Kantonen eine Vorlage zur Neuordnung der Ausgabenverteilung und des Finanzausgleichs ausgearbeitet werden.

■ Durch eine zeitlich unbefristete Ausgabenbremse soll für einmalige oder wiederkehrende Ausgaben ab einer bestimmten Höhe die Zustimmung der Mehrheit aller Mitglieder in jedem der beiden Räte erforderlich sein.

Sofern die parlamentarische Unterstützung nicht sichergestellt werden kann, wird die FDP zusammen mit ihr verbundenen Gruppierungen sowohl für die Ausgabenbremse als auch für die Erweiterung des Art. 42^{bis} BV Volksinitiativen in die Wege leiten.

«Ich weiss nicht, wer «nichts gelernt» hat»

Fortsetzung von Seite 9

und der Erhöhung des Benzinzolls nicht zuletzt auch deshalb zugestimmt, damit das Bauprogramm fristgerecht eingehalten werden kann.»

Zur Zeit scheinen die Fronten zwischen Bundesrat und Parteien verhärtet. Das Parlament wird eine Lösung finden müssen. Wagen Sie eine Prognose, wie diese aussehen wird?

Vreny Spoerry: «Nachdem alle bürgerlichen Parteien doch recht deutlich zum Ausdruck gebracht haben, dass sie nicht bereit sind, weitere Mehreinnahmen vor dem Souverän zu vertreten, solange nicht ernsthafte Sparanstrengungen unternommen und auch strukturelle Korrekturen im Bundeshaus eingeleitet werden, darf man hoffen, dass sich die Mehrheit im Parlament beim Sparprogramm 1994 auf die Ausgabenseite des Bundeshaushaltes konzentrieren wird.»

Die dramatische Entwicklung des Defizits in der Bundeskasse ist nicht erst seit heute sichtbar. Warum haben die Parlamentarier – allen voran die freisinnigen – nicht schon früher reagiert?

Vreny Spoerry: «Die FDP hat sich – zugegebenermassen auch nicht immer genügend konsequent – aber doch häufig gegen die Aufstockung von bundesrätlichen Anträgen zur Wehr gesetzt oder auch Vorschläge für Einsparungen unterbreitet. So hat sie sich für Privatisierungen öffentlicher Bereiche und Tätigkeiten und für Flexibilisierungen z. B. im Besoldungsbereich eingesetzt.

Zumindest im Nationalrat hat sich zudem die FDP-Fraktion geschlossen und seit Jahren für die Einführung einer institutionellen Ausgabenbremse eingesetzt.

Zudem stellen wir Bundesräte, die in ihren Departementen echte Strukturreformen eingeleitet haben: Bundesrat Delamuraz im dornenvollen Bereich der Landwirtschaft, Bundesrat Villiger im EMD, welches das einzige Departement ist, das einen realen Abbau der Ausgaben vorweisen kann, einen markant rückläufigen Anteil der gesamten Bundesausgaben beansprucht und den Personalbestand nachhaltig reduziert hat.»

Interview:
Anna-Marie Kappeler

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition

Ein Jahrhundert für unsere Umwelt

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Erste FDP-Sommeruniversität

Vom 22. bis zum 26. August 1994 organisierte der Ausschuss für Jugendpolitik der FDP Schweiz eine Ausbildungswoche für Jungpolitiker und Jungpolitikerinnen. Aus erster Hand wurden die Jugendlichen von zahlreichen Medienleuten und eidgenössischen Parlamentariern in die verschiedensten Themen der Politik eingeführt.

◊ Stefan Fritschi, Winterthur

Vor zwei Jahren wertete der Ausschuss für Jugendpolitik Umfragen unter Jugendlichen aus, um herauszufinden, was die junge Generation von einer politischen Partei erwarte. Es kam klar zum Ausdruck, dass ein grosses Verlangen nach politischer Bildung besteht. Auf Grund dieser Erkenntnis begann der Ausschuss für Jugendpolitik mit der Organisation einer Ausbildungswoche für Jugendliche. René Rieder (Präsident des Ausschusses für Jugendpolitik GE) verspricht sich, dank der FDP-Sommeruniversität Jugendliche für die Politik begeistern und das FDP-Kader der Zukunft finden zu können.

Etliche National- und Ständeräte, Journalisten und sogar Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz erklärten sich bereit, den Jugendlichen an der ersten FDP-Sommeruniversität in Neuenburg politische Themen näherzubringen. Um allfällige Verständigungsschwierigkeiten aus dem Weg zu räumen, wurden die Teilnehmenden in zwei Sprachgrup-

pen unterteilt. Für die zwei (!) Teilnehmerinnen und die 24 Teilnehmer ergab sich damit die einmalige Gelegenheit, mit den verschiedensten Persönlichkeiten direkt ins Gespräch zu kommen. Dabei stiessen manche jugendliche Ideen und Anliegen auf offene Ohren.

Begegnung mit Bundesrat Delamuraz

Gleich zu Beginn erlebten die Jugendlichen Ständerat Fritz Schiesser (GL) und Nationalrat Peter Tschopp (GE). Die beiden stellten die Probleme in der eidgenössischen Sozialpolitik dar, die uns in Zukunft beschäftigen werden. Ständerätin Christine Beerli (BE) und Bundeskanzler François Couchepin referierten über die verschiedenen Institutionen der Schweiz. Sie skizzierten auch einige Ideen, die wieder etwas Schwung und Elan in die schweizerische Politlandschaft bringen könnten.

Die Begegnung mit Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz bildete einen Höhepunkt der Woche. In seinem Referat «Die Zukunft der jungen Schweizer» sprach er über die europäische Integration

und die Reformen im Bildungswesen und ermutigte die Jugend zu politischem Engagement.

Ideenaustausch

Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger (UR) und FDP-Fraktionschef Nationalrat Pascal Couchepin (VS) weckten bei den Sommerkursteilnehmern mit ihren Ausführungen über öffentliche Finanzen grosses Interesse. Ihr Wissensdurst konnte auch während der anschliessenden Schiffahrt auf dem Neuenburgersee, bei der die Ständeräte Thierry Béguin (NE), Michel Flückiger (JU), Gilles Petitpierre (GE) und der Vizepräsident des Nationalrates, Claude Frey (NE), teilnahmen, gestillt werden.

Diskussionen fanden aber nicht nur zwischen Parlamentariern und Jugendlichen statt, sondern auch zwischen den Teilnehmern und Teilnehmerinnen. Viele von ihnen entdeckten, dass trotz gemeinsamer Parteizugehörigkeit von Region zu Region, von Stadt zu Stadt verschiedene Meinungen und Ansichten existieren. Dieser Gedanken- und Ideenaustausch, auch über den Röstigraben hinweg, liess diese Woche für alle Teilnehmenden zu einem grossen Erlebnis werden.

Christian Kauter, Generalsekretär der FDP Schweiz, machte den Jugendlichen deutlich, welche Chancen und Gefahren sich mit einer so grossen Meinungsvielfalt für eine Volkspartei wie die FDP ergeben. Auch alt Nationalrat Kurt Müller (ZH), der einen historischen Überblick des Freisinns gab, stellte fest, dass die FDP dank ihrer Volksverbundenheit und Anpassungsfähigkeit zum nötigen Erfolg kam. Die Kantonsrätinnen Beatrice Geier (BL) und Christiane Langenberger (VD) umrissen die Zukunft der Frauenpolitik, wobei sie auch die ungleiche Verteilung von männlichen und weiblichen Teilnehmern zur Sprache brachten. Meinungsverschiedenheiten un-

ter den Teilnehmenden waren nach dem Europa-Referat von alt Nationalrat und Regierungsrat Guy-Olivier Segond (GE) deutlich zu spüren. Dagegen betonte Nationalrat Oskar Fritschi (ZH) bei seinem Vortrag über Sicherheitspolitik, dass bei der Bereitschaft zur Landesverteidigung innerhalb der FDP kaum Differenzen auftreten.

Öffentlichkeitsarbeit

Während eines Tages trainierten die Jugendlichen intensiv, wie sie ihre Meinung an die Öffentlichkeit bringen können. Sie übten mit dem Bundeshausjournalisten Bruno Hofer Radio- und Fernsehinterviews, mit der FDP-Presseschefin Anna-Marie Kappeler lernten sie Pressecommuniqués verfassen. Neben einem Referat von den Nationalräten Jean-Nicolas Philipona (FR) und Christian Wanner (SO) über Landwirtschaftspolitik wurde die Woche durch den Besuch der beiden Nationalräte Gerold Bühler (SH) und Adriano Cavadini (TI), die ihre wirtschaftspolitischen Ideen erläuterten, abgerundet.

Für Blaise Roulet (FDP-Sekretär der Romandie und Sekretär des Ausschusses für Jugendpolitik) ist die erste Sommeruniversität der FDP ein voller Erfolg. Und aus der Sicht der Teilnehmenden: «Wir Jugendliche waren für alle Politiker der älteren Generation vollwertige Gesprächspartner» (David Fässler, Jus-Student in Bern, FDP SO).

Dank der grosszügigen Bereitschaft der Referenten und Referentinnen wurde die erste Sommeruniversität der FDP für alle teilnehmenden Jugendlichen zu einem lehrreichen und interessanten Erlebnis. Bleibt zu hoffen, dass auch in Zukunft dieses vielversprechende Angebot von politisch interessierten Jugendlichen genutzt wird. ■

Zweite Sommeruniversität 1995 der FDP

Vom 21. August bis 24. August 1995 findet die zweite Sommeruniversität in Neuenburg statt. Wieder werden interessante Persönlichkeiten den Jugendlichen Red und Antwort stehen. Teilnahmeberechtigt sind poli-

tisch interessierte Frauen und Männer im Alter zwischen 18 und 28 Jahren.

Weitere Informationen erhalten Sie unter Tel. (031) 311 34 38 (Blaise Roulet). ■

STELLUNGNAHME

KVG entspricht in den wesentlichen Punkten den Forderungen der FDP

Stellungnahme zum Leserbrief von Erhard D. Burri, Direktionspräsident Artisana, Mitglied des Ausschusses für Gesundheitspolitik der FDP, im letzten «Freisinn»



Die Gefahr einer Verstaatlichung unseres Gesundheitswesens besteht gerade dann, wenn es uns nicht gelingt, endlich von den notrechtlichen Regelungen der letzten Jahre wegzukommen. Mit dem Einfrieren der Tarife und Taxen lösen wir kein einziges Problem, sondern verschärfen es mit jedem Jahr. Das Krankenversicherungsge-

setz (KVG) ist keine «Eintopflösung» – im Gegenteil, es ermöglicht einen echten Wettbewerb unter den Kassen, der insbesondere auch der Artisana als innovativer Kasse Freude bereiten sollte.

Sie alle erhalten dieselben Ausgangsvoraussetzungen, nämlich ein Angebot einer Grundversicherung mit bestimmten Minimalleistungen für alle Versicherten. Diese wiederum werden von der vollen Freizügigkeit profitieren, ein Kassenwechsel wird bedingungslos möglich. Dies ist eine deutliche Verbesserung, können doch heute Versicherte über vierzig Jahre die Kasse nicht wechseln, ohne erhebliche Nachteile in Kauf zu nehmen.

Völlig unverständlich ist für mich die Argumentation von

Herrn Burri, wonach auch die Zusatzversicherung der Aufsicht des Bundesamtes für Sozialversicherung unterstellt werden sollte – für mich eine völlig unakzeptable Verstaatlichung der privaten Zusatzversicherungen. Niemand – auch nicht Herr Burri – hat in den über zehn Jahren Diskussion um eine Erneuerung des KVG praktikable und auch politisch akzeptierbare Lösungen vorgeschlagen für eine liberalere Regelung der Krankenversicherung.

Als erstes Sozialversicherungsgesetz nimmt das KVG Abschied vom Prinzip der Giesskannensubvention an alle Kassen ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftliche und effiziente Geschäftsführung. Unterstützt werden, wie die FDP dies immer forderte, die Versicherten entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Dass

bei einer Gesetzesrevision sämtlichen Forderungen der FDP Rechnung getragen werden kann, entspricht wohl dem Wunschenken eines Nichtpolitikers.

Bei der abschliessenden politischen Beurteilung des Gesetzes ist entscheidend, ob die Vorlage in den wesentlichen Punkten den Zielsetzungen der FDP entspricht – und dies ist hier der Fall.

*Trix Heberlein
Nationalrätin ZH*

- Sie wollen sich frühzeitig über die grossen Themen der Wirtschaft informieren?
- Sie wollen zur Meinungsbildung über diese Themen beitragen?
- Sie suchen Folien, Referate oder Referenten für Veranstaltungen

Dann lesen Sie FACTS.

Die Publikation der Wirtschaftsförderung (Wf) informiert Sie fünfmal jährlich über die grossen kommenden Themen der Wirtschaft und bietet eine Reihe von Anregungen, wie diese Themen angegangen werden können.

Die erste Ausgabe von FACTS

befasst sich mit der Uruguay-Runde des GATT. Unter anderem, lesen Sie, warum Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz findet, die Schweiz könne mit den erreichten Resultaten sehr zufrieden sein, welche Bedeutung das GATT für die Unternehmen hat und warum auch die Bauern an der Ratifizierung des GATT-Vertrages interessiert sein sollen.

Sie können FACTS mit dem untenstehenden Talon unentgeltlich anfordern.

Wirtschaftsförderung
z.H. Frau E. Goll
Postfach 502
8034 Zürich
Fax 01 383 82 27

Ja, ich möchte FACTS gratis zugestellt erhalten!

Name:

Vorname:

Funktion:

Adresse:

FACTS



Eine Information der Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft (Wf)

Frauenarbeit und der Wert des Selbstverständlichen

Der Werdegang der Frau ist heute durch verschiedene Lebensabschnitte geprägt, die, ganz anders als beim Mann, wesentlich durch den Zivilstand und durch die Familie beeinflusst sind.

◊ Franziska Frey-Wettstein*

Frauen erleben nach der Berufsausbildung und einer kurzen Zeit der Berufstätigkeit bei der Familiengründung häufig eine entscheidende Veränderung. Viele verzichten in der Kinderphase auf den Beruf und ergänzen die Familien- und Haushaltarbeit mit einer ehrenamtlichen, meistens gemeinnützigen Tätigkeit. Nach dieser Phase kommt es dann entweder zu einer Wiederaufnahme der Berufstätigkeit, oft auch als Teilzeitarbeit, oder zu einer Ausdehnung der ehrenamtlichen, gemeinnützigen Einsätze.

Die Diskussion um die Gleichstellung von Frau und Mann, die Probleme der Doppelbelastung der Frauen und besonders auch die Benachteiligung Alleinerziehender hat in den vergangenen Jahren zugenommen, ohne dass diese Gesellschaft daraus nennenswerte konkrete Konsequenzen gezogen hätte. Die Frage des Arbeitsplatzes, die besondere Thematik von Frauenlöhnen, Nacht- oder Teilzeitarbeit standen und stehen noch immer im Vordergrund. Die grossmehrheitlich von Frauen geleistete Familienarbeit hat gleich wie die ehrenamtliche, gemeinnützige Arbeit noch kaum den ihr gebührenden Stellenwert erhalten.

Nur langsam beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass es sich hier um einen wertvollen Einsatz von einer allerdings tendenziell rückläufigen Zahl von Freiwilligen handelt.

Vielfalt der Lebensformen

Die 1994 im Jahr der Familie durchgeführten Tagungen weisen alle darauf hin, dass die jüngere Generation von Frauen mit qualifizierterer Schul- und Berufsausbildung die Polarisierung der Geschlechterrolle ablehnt. Die moderne Frau möchte Kin-



Ehrenamtlich, gemeinnützig oder freiwillig Tätige sind unentbehrlich.

der haben und trotzdem nicht auf eine Berufstätigkeit oder die Teilnahme am öffentlichen Leben verzichten.

Die heute praktizierte Vielfalt der Lebensformen und die flexiblere, unkomplizierte Lebensweise der jungen Generation zeigt deutlich, wie stark sich der heutige Lebensstil geändert hat. Dieser steht in einem unübersehbaren Kontrast zu den scheinbar festgefühten traditionellen Arbeits- und Familienstrukturen. Man muss sich fragen, wann unsere Gesellschaft endlich bereit ist, von dieser Entwicklung Kenntnis zu nehmen und die Konsequenzen zu ziehen.

Familienarbeit

Die Leistungen, die von Frauen in der Familie erbracht wurden, gal-

ten lange Zeit als Privatsache, die man von jeglichem staatlichem Einfluss fernhalten wollte. Sie werden jetzt mit der Einführung des Erziehungs- und Betreuungsbonus in der AHV erstmals von der Gesellschaft zur Kenntnis genommen und als bewertbare Leistung definiert. Folgerichtig wäre es deshalb, wenn diese Leistungen bereits im aktiven Leben der Frauen eine bessere Wertschätzung erfahren würden und nicht erst nach der Pensionierung. Familienarbeit besteht aus einer Vielzahl von kleinen Einzel-

deutungen. Forschungsarbeiten zeigen auf, dass die in der Familienarbeit erworbenen Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten bei vielen Berufen verwertbar und anrechenbar wären.

Freiwilligenarbeit

Ehrenamtliche, vor allem aber gemeinnützige und freiwillige Tätigkeit sind typische Frauenbeschäftigungen.

Das Ehrenamt wird vom Bund Schweizer Frauenorganisationen wie folgt definiert: «Eine Tätigkeit ist ehrenamtlich, wenn dafür Spesen- und Sitzungsgelder, ja sogar kleine Entschädigungen ausgerichtet werden, solange sie die branchenüblichen Löhne nicht erreichen.»

Die Kommission für Frauenfragen der Stadt St. Gallen stellt andererseits fest: «Als Ehrenamt wird die Übernahme einer gemeinnützigen, längerfristigen und unbezahlten Arbeit durch Wahl bezeichnet.»

Und die Frauenzentrale Solothurn schreibt dazu: «Ehrenamtliche oder Freiwilligenarbeit ist Arbeit, die nicht als Lohnarbeit geleistet wird und damit nicht im Bruttosozialprodukt erscheint.»

Pro Senectute Kanton Zürich unterscheidet in den sozialen Institutionen zwischen ehrenamtlich (Übertragung einer Aufgabe durch Wahl, in der Regel ohne Vergütung) und freiwilliger Tätigkeit (Übertragung einer Aufgabe im Rahmen einer Institution ohne Vergütung).

Generell wird von gemeinnütziger Arbeit meistens im Zusammenhang mit freiwilliger sozialer Tätigkeit gesprochen. Gemeint sind dabei z. B. Einsätze bei der Betreuung von alten Menschen, von Behinderten, Begleitung von Sterbenden usw. Ehrenämter sind wohl eher Ämter in der Politik, in Stiftungen und Vereinsvorständen, die mit Prestige verbunden sind.

aktivitäten, die bewertet werden können und so zu einem Qualifikationssystem für die Leistungen der Frau innerhalb der Familie führen. Die Fähigkeit, gute Familienarbeit zu leisten, wird nur zum geringen Teil mit der schulischen Ausbildung erworben, und es wurde bisher ausser im hauswirtschaftlichen Bereich nie der Versuch unternommen, die über viele Jahre in der Familienarbeit erworbenen Kenntnisse in die Berufswelt zu transferieren.

Mit der Erkenntnis, dass eine erfolgreiche Berufstätigkeit nicht ausschliesslich von Fachwissen, sondern zunehmend von überfachlichen Fähigkeiten abhängig ist, erhält der Transfer von sogenannten Schlüsselqualifikationen aus der Familienarbeit in die Berufswelt eine zunehmende Be-

Fortsetzung auf Seite 16

* Zürcher Kantonsrätin und Präsidentin FDP-Frauen Schweiz.

Fortsetzung von Seite 16

Bedarf steigend

Man sieht an diesen Definitions- und Einordnungsversuchen, dass noch wenig klare Vorstellungen über diese Leistungen bestehen. Eines weiss man indes sicher: Der Bedarf an Freiwilligenarbeit wird in Zukunft nicht abnehmen, sondern steigen.

Eine kleiner werdende Zahl von Jungen hat für eine zunehmende Zahl von Alten aufzukommen. 1980 entfielen auf 100 Erwerbstätige 24 Altersrentner; im Jahre 2040 können es nach Schätzungen des Bundesamtes für Statistik 41 sein. Krankheiten wie Alzheimer und Aids werden zusätzlichen Betreuungsaufwand bedingen.

Diesem zunehmenden Bedarf steht eine tendenziell abnehmende Zahl von gemeinnützig tätigen Frauen gegenüber. Zwar haben diese bis heute stillschweigend unzählige Stunden freiwilliger sozialer Arbeit geleistet, in Zukunft werden sie aber dieser Rollenzuweisung zunehmend kritisch gegenüberstehen. Ausserhäusliche Tätigkeit bedeutete bisher für die bürgerliche Frau traditionsgemäss unbezahlte soziale Arbeit. Die jüngere Generation betrachtet sie aber dank besserer Ausbildung und neuem Rollenverständnis vermehrt als Lohnarbeit.

Bewertung

Trotzdem besteht auch bei der heutigen Jugend das Bedürfnis nach freiwilligen Einsätzen. Mitmenschliche Kontakte, das Gefühl, helfen zu können, aus dem Alltag auszubrechen und einen Einblick in eine sonst verschlossene unbekannte Welt zu nehmen, sind für junge Menschen Ansporn zur Leistung freiwilliger sozialer Einsätze. Es kann besonders reizvoll sein, aus der eigenen spezialisierten, leistungsorientierten Welt auszusteigen – sei es auch nur für kurze Zeit – und in eine völlig andere, unbekannte einzutauchen. Ein anderer, im Alltag wenig berücksichtigter Teil des Menschen kann so zur Entfaltung kommen, was zum besseren Verständnis der Probleme des Mitmenschen bei-

tragen kann. Eine Bewertung der Leistungen der Frau innerhalb der Familie oder in der gemeinnützigen Arbeit in Franken und Rappen soll aufzeigen, dass solche Tätigkeit durchaus eine volkswirtschaftliche Bedeutung hat und dass Familien- und Freiwilligenarbeit einen Teil des Bruttosozialproduktes darstellt. Dabei darf mit dieser Bewertung keine Lohnforderung verbunden sein.

Entschädigung

Die unentbehrliche Entschädigung der Frauenarbeit kann auf mannigfaltige Weise geschehen. Sitzungsgelder, Spesenentschädigungen, ja selbst grössere, den «branchenüblichen Lohn» nicht erreichende Beträge sind wichtige Faktoren, die je nach Art der

freiwilligen Arbeit beibehalten werden müssen.

Der Staat sollte die Leistungen von Freiwilligen durch ein differenziertes Subventionssystem anerkennen. Ferner wäre eine Erhöhung der steuerlichen Abzüge unter «freiwillige Zuwendungen» zu prüfen. Eine entsprechende Betriebsunfallversicherung oder auch die in Vorbereitung stehende Mutterschaftsversicherung können Hilfe bieten.


Wichtig wäre auch die Ausstellung eines Tätigkeitsausweises, der Rechenschaft über die geleistete Arbeit gibt. Ziel wäre es, dass ein solcher Leistungsausweis im Sinne des oben genannten Qualifikationssystems bei einem späteren Wiedereinstieg ins Berufsleben angerechnet werden könn-


te. Auch Weiterbildungskurse in bestimmten Bereichen der Freiwilligenarbeit könnten in diesem Sinne angerechnet werden.

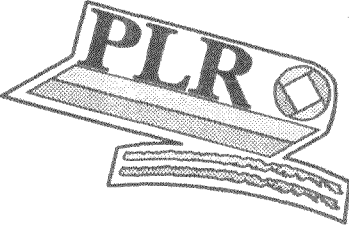
Bessere Wertschätzung

Die Appelle an Bürgerinnen und Bürger zur vermehrten Leistung gemeinnütziger Arbeit haben kaum Chancen, gehört zu werden, wenn es nicht gelingt, eine bessere Wertschätzung der Freiwilligen- und der Familienarbeit zu erreichen. Ehrenamtlich oder freiwillig Tätige sind unentbehrlich, und es muss uns gelingen, den nächsten Generationen klarzumachen, dass die Leistung solcher Einsätze nicht nur einigen Idealisten vorbehalten sein kann, sondern dass dies für alle Beteiligten eine Selbstverständlichkeit sein sollte. ■

FDP-Pin







Haben Sie schon einen FDP-Pin?
Es gibt sie auf deutsch, französisch und italienisch.
Die Auflage ist numeriert und limitiert (total 5000 Stück).

Wir bestellen _____ Stück FDP-Pin in Deutsch à Fr. 5.–
 Wir bestellen _____ Stück FDP-Pin in Französisch à Fr. 5.–
 Wir bestellen _____ Stück FDP-Pin in Italienisch à Fr. 5.– inkl. Porto und Verpackung
 Wir bestellen _____ Set FDP/PRD/PLR-Pins à Fr. 15.– inkl. Porto und Verpackung

Name: _____ 9/94

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Bitte einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern.

Auf dem richtigen Weg

Vor einem Jahr haben wir als Zielsetzung der FDP Schweiz International genannt: «Dass die im Ausland lebenden Schweizer die Möglichkeit haben sollten, sich zu einer freisinnigen und liberalen Partei zusammenzuschliessen und sich besser über schweizerische, politische und wirtschaftliche Angelegenheiten zu informieren.» Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich gezeigt, dass diese Zielsetzung richtig war.

Mehr und mehr politische Geschäfte und Abstimmungsvorlagen haben einen aussenpolitischen Bezug oder berühren die Auslandschweizer direkt. Als Beispiele können gelten: die Blauhelm-Vorlage, die Alpeninitiative oder die wieder entfachte Diskussion über die Existenz der freiwilligen AHV für Auslandschweizer. Es zeigt sich im konkreten politischen Umfeld immer deutlicher, dass die Schweiz, gewollt oder ungewollt, mit grenzüberschreitenden Fragen konfrontiert wird, die nach unserem demokratischen Verständnis letztlich durchs Volk entschieden werden müssen. Folglich wird der Stimmbürger involviert, also auch der Auslandschweizer.

Information

Der Information kommt damit eine zentrale Bedeutung zu. Wenn wir als liberale, weltoffene, aber auch staatstragende Partei Wirkung erzielen wollen, müssen wir jeden möglichen Kanal nutzen. Dies haben wir, wenn auch unter Einsatz beschränkter Geldmittel, getan.

Wir haben verschiedentlich Inserate erscheinen lassen. Unser Sekretariat ist im Versand von Unterlagen, sei es von Werbematerial oder zu politischen Problemen, aktiv. Eine Ausgabe der «Politischen Rundschau» ist dem Ausland gewidmet worden, selbst die Jungliberalen haben in ihrer Zeitschrift «akzent» über die FDP International berichtet.

Mitgliederwerbung

Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Mitgliederwerbung. Sie ist eine Daueraufgabe, bringt aber auch sichtbare Resultate. Befriedigt sind wir aber bei weitem noch nicht.



Nationalrat Georg Stucky (ZG), Präsident der FDP Schweiz International, ist zufrieden mit dem zweiten Geschäftsjahr.

Der Vorstand ist sich durchaus bewusst, dass wir unseren Mitgliedern auch etwas bieten müssen. Während des Geschäftsjahres haben wir allerdings eher die Interessen der Auslandschweizer gegenüber konkreten Aktionen im Bundeshaus verteidigen müssen, als dass wir uns der Förderung zuwenden konnten.

Wir haben unsere FDP-Parlamentarier unter anderem darauf aufmerksam gemacht, dass eine Streichung der freiwilligen AHV keine Einsparungen bringt – im Gegenteil. Die FDP-Fraktion hat unseren Standpunkt übernommen und sich ebenso auch bei der Beitragskürzung für die Schweizer Schulen im Ausland gewehrt. Wir sind ihr dankbar dafür.

Wir haben unsere FDP-Parlamentarier unter anderem darauf aufmerksam gemacht, dass eine Streichung der freiwilligen AHV keine Einsparungen bringt – im Gegenteil. Die FDP-Fraktion hat unseren Standpunkt übernommen und sich ebenso auch bei der Beitragskürzung für die Schweizer Schulen im Ausland gewehrt. Wir sind ihr dankbar dafür.

Neue Sektionen

Im Februar 1994 ist in London eine weitere Sektion gegründet worden. Vorbereitungen laufen

auch in anderen Ländern. Wir sehen diese «Ableger» mit Freuden, denn nur so können wir an die Basis gelangen und diese erweitern. Vor allem in unseren Nachbarländern zählen wir darauf, aktive Parteimitglieder zu finden, die zu einer Sektionsgründung und Chargenübernahme bereit sind.

Organisation

Im Vorstand sind einige Mutationen erfolgt. Roy Oppenheim, Direktor des Schweizer Radio International, hat seinem Nachfolger im Amt, Ulrich Kündig, auch gleich die Nachfolge im Vorstand übergeben. Wir haben endlich auch eine Frau mit Auslandserfahrung, nämlich Francine Asmis, Derendingen, gewinnen können und zudem noch einen echten Auslandschweizer, Willy Lutz aus Chambéry, Frankreich.

Da die Diplomaten ans Kommen und Gehen gewöhnt sind, müssen wir dasselbe tun: Daniel Woker mussten wir als Botschaftsrat nach Paris ziehen lassen, haben aber Urs Leutert vom EDA in unser Gremium aufgenommen. Kein Standortwechsel, sondern Familienzuwachs hat unsere Sekretärin Eleonora Schnewly zur Aufgabe ihres Amtes gezwungen. Sie wird durch Regine Sauter ersetzt.

Wir danken allen, die von der ersten Stunde an die FDP International mit ihrer wertvollen Mitarbeit unterstützt haben.

Anzuzeigen ist auch noch der Präsidentenwechsel in Südafrika, nämlich von Oskar Brandenberger zu Felix Ernst.

Der Vorstand hat u. a. beschlossen, den Beitrag für eine Mitgliedschaft auf Lebenszeit neu einzuführen und den Betrag auf Fr. 500.– festzusetzen.

Ausblick

1995 stehen die Wahlen in den Nationalrat an. Dies muss uns zu besonderen Anstrengungen anspornen, sowohl in der Mitgliederwerbung wie der Information. Entsprechende Kredite sind

uns von der Parteileitung der FDP Schweiz zugewilligt worden. Wichtig aber ist zudem, dass alle unter Freunden und Bekannten für unsere Partei und ihre Kandidaten werben. Wir danken im voraus dafür. ■

VORANZEIGE

Parolenfassung in Sion

Der Bundesrat hat die Abstimmungsvorlagen für den 4. Dezember 1994 festgesetzt. Wir werden über folgende drei Themen befinden müssen:

- Referendum gegen die Krankenversicherung
- Initiative «für eine gesunde Krankenversicherung» und
- Referendum gegen die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht.

Die a. o. Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz wird am 22. Oktober 1994 in Sion (Salle de la Matze) stattfinden.

Er hat.

Spende Blut. Rette Leben.


Ohne Blut läuft gar nichts. Spenden auch Sie.

Positionen

Diese Broschüren können Sie bei uns bestellen

Jugendpolitik

Jugend am Steuerruder. Wo ein frischer Wind weht, da stimmt der Kurs.



Die Zukunft der Schweiz wird von jenen, die heute am Steuer des Landes stehen, mitentschieden. Wir sind stolz darauf, für die Jugendlichen der Schweiz ein gutes Beispiel zu sein. Wir wollen, dass sie sich selbst verwirklichen können.

Freiheit gewinnt.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

1

France

Freiheit, Gleichheit, Schwesterlichkeit.



Mehr als die Freiheit, die Bewegung nach Frankreich ist die Freiheit der Frauen, die gleiche Rechte und Teilhabe und Mitbestimmung in allen Lebensbereichen und in der Arbeitswelt zu erlangen.

Freiheit gewinnt.


FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

2

Umweltpolitik

Nur eine gesunde Wirtschaft schützt unsere Umwelt wirksam.



Anderer Grundsatz, der gilt: Das Ziel von Umwelt und Wirtschaft ist die gleiche: die Gesundheit der Menschheit. Das bedeutet, dass wir die Umwelt und die Wirtschaft fördern müssen.

Freiheit gewinnt.


FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

3

Asylpolitik

Mit dem Asylgesetz wollen wir Verfolgte schützen. Aber keine Einwanderer.



Wir sind Aufopferer in einem Land, in dem die Schicksale und Interessen anderer Länder nicht zu berücksichtigen sind. Wir wollen, dass die Flüchtlinge in ihrer Heimat leben können.

Freiheit gewinnt.

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei

4

Bitte senden Sie mir folgende Broschüren:

Broschüre Nr. 1 2 3 4

Kreuzen Sie die gewünschte Nummer an.

1 Exemplar gratis.

Bei mehreren Exemplaren je Fr. - 50

Name/Vorname: _____ 9/94

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern
Tel. (031) 311 34 38, Fax (031) 312 19 51

Jahresbericht Rapport annuel

Die Arbeit der
Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz
und der Freisinnig-Demokratischen Fraktion
der Bundesversammlung

L'activité du
Parti radical-démocratique suisse
et de la Groupe radical-démocratique
de l'Assemblée fédérale

93/94

FDPO PRDO PLRO

Ich bestelle:

_____ Ex. Jahresbericht 93/94
(1 Ex. gratis, 240 Seiten, dt./frz.)

Name: _____

Vorname: _____ 9/94

Str./Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
FDP-Generalsekretariat
Postfach 6136
3001 Bern
Fax (031) 312 19 51

Konzepte statt Schlagworte

Hochaktuelle Themen umfassend behandelt: das bietet Ihnen die «Politische Rundschau», welche die FDP viermal jährlich zum Selbstkostenpreis herausgibt. Nutzen Sie diese fundierte Informationsmöglichkeit, um sich zu politisch brisanten Problemen Ihr eigenes Urteil zu bilden.

Talon

Ich bestelle zum Selbstkostenpreis von Fr. 5.- pro Exemplar:

- Ex. Nr. 1/93: «Unerlässliche Mitwirkung der Schweiz – verkraftbare Anpassung unserer nationalen Politik: Die FDP zur Uruguay-Runde des Gatt»

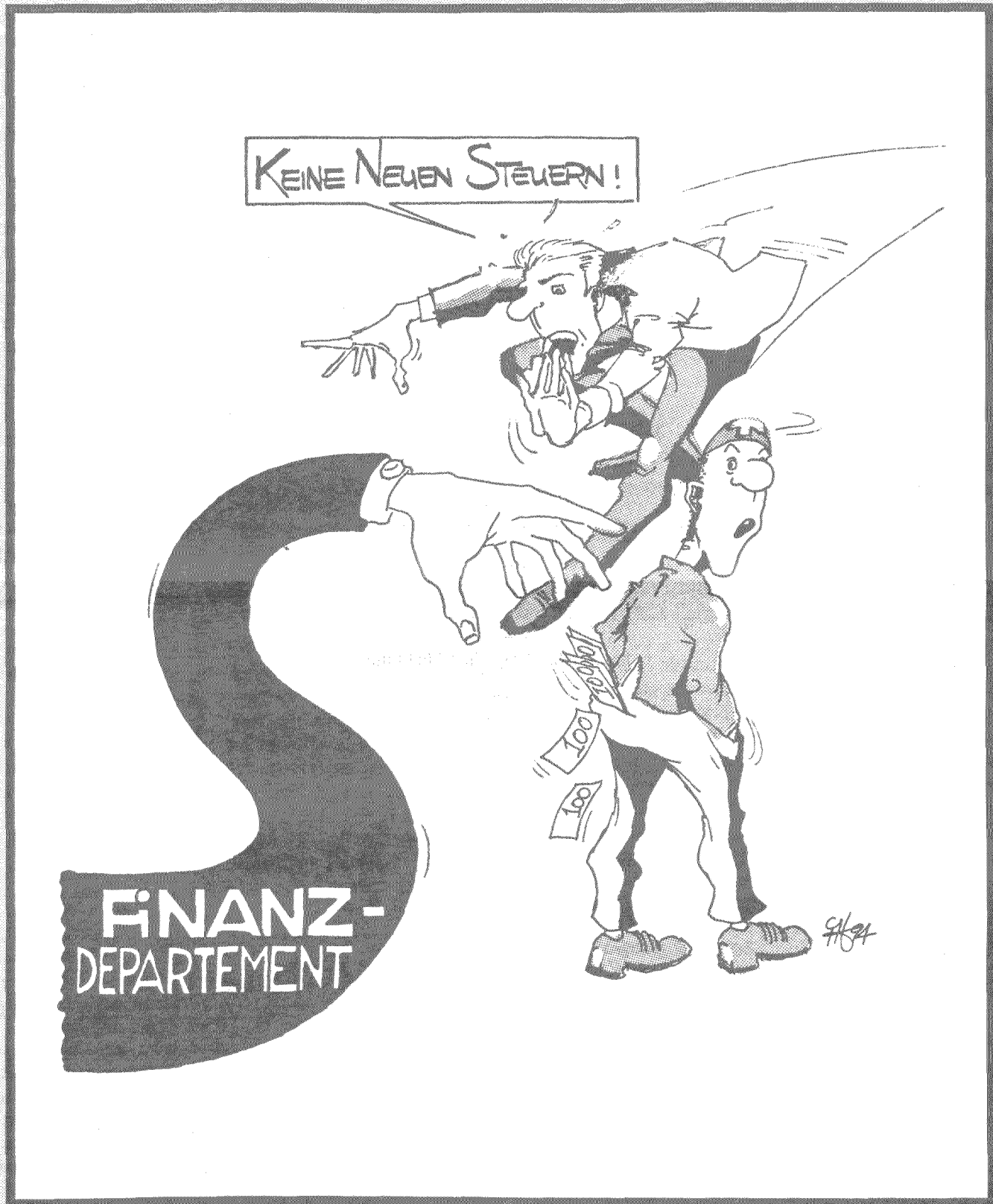
- Ex. Nr. 2/93: «Aktiv jenseits der Grenzen: FDP Schweiz International. Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland»
- Ex. Nr. 3/93: «Regierungsreform: Arbeitsgrundlagen zur Reform 1993 und zu weiteren Modellen»
- Ex. Nr. 4/93: «Berichte, Thesen und Massnahmen zur öffentlichen Sicherheit in der Schweiz»
- Ex. Nr. 1/94: «Wege aus der Arbeitslosigkeit»

Name: _____ Vorname: _____ 9/94

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte ausfüllen und einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.



Karikatur Andreas Töns



Einig in der positiven Beurteilung des Gatt: die Kantonsräte Christian Boesch und Franziska Troesch-Schwyder, Walter Bosshard, Parteipräsident der FDP des Kantons Zürich, Regierungsrat Eric Honegger und Kantonsrat Fredi Binder (von links). (Photo A. Springer)

Gatt fördert Wohlstand

Aus liberaler Sicht fördert das Gatt den Handel und ermöglicht dadurch mehr Wohlstand für alle. So lautet das Ergebnis einer Veranstaltung der Freisinnig-Demokratischen Partei des Kantons Zürich zum Thema Gatt.

df. Der zweite Teil einer Veranstaltungsreihe der Freisinnig-Demokratischen Partei des Kantons Zürich befasste sich mit der politischen Beurteilung des Gatt (Allgemeines Handels- und Zollabkommen). Parteipräsident Walter Bosshard, Horgen, wies in seiner Begrüssung darauf hin, dass es der FDP darum gehe, schon früh den allgemeinen Meinungsbildungsprozess in Gang zu bringen.

Wirtschaft ohne Gatt im freien Fall

Regierungsrat Eric Honegger, Thalwil, schilderte in einem eindrücklichen Referat, wie sich das Gatt auf den Kanton Zürich und seine Wirtschaft auswirkt. Die Zürcher Wirtschaft, die im schweizerischen Vergleich überdurchschnittlich auf den Export ausgerichtet ist, ist dringend auf das Gatt angewiesen, wenn sie mit gleich langen Spiessen wie ihre internationale Konkurrenz auf die riesigen Märkte Europas, Amerikas und Japans vordringen will. Honegger verwies auf die An-

nahmen von Fachleuten, die das Wachstumspotential des Gatt für die Schweiz auf Dutzende Milliarden Franken pro Jahr schätzen. Damit steht auch das Geld zur Verfügung, um den Anpassungsprozess, den das Gatt im Agrarbereich beschleunigen wird, abzufedern. Das Gatt werde im Kanton Zürich für einen zusätzlichen Liberalisierungsdruck sorgen, vor allem auch im öffentlichen Beschaffungswesen, meinte Honegger ausserdem.

Alles in allem fördere das Gatt durch eine schrittweise Öffnung der Märkte den Handel und schaffe damit die Voraussetzung für die Sicherung von Arbeitsplätzen, Einkommen und Wohlstand. Umgekehrt gerate die Schweizer Wirtschaft in den freien Fall, wenn sich die Schweiz dem Gatt verschliessen sollte.

Zugang zu Weltmärkten überlebenswichtig

Kantonsrat Christian Boesch, Thalwil, machte deutlich, dass die Schweiz von den Weltmärkten lebe und keinesfalls von ihrem

viel zu kleinen Binnenmarkt. Das werde auch dadurch sichtbar, dass jeder zweite Franken im Ausland verdient werde. Hinter das Gatt stellten sich EWR-Gegner und -Befürworter, weil das Gatt die schwächeren und kleineren Staaten in eine bessere Position versetze, indem das Recht an die Stelle von Macht trete. Mit dem Gatt könne auch das Geld erwirtschaftet werden, das den Bauern das Überleben sichere.

Kantonsrätin Franziska Troesch, Zollikon, präzisierte, dass es nicht darum gehe, dem

Gatt beizutreten – die Schweiz ist seit den 60er Jahren dabei –, sondern dabeizubleiben. International trage das Gatt dazu bei, durch mehr Wohlstand Spannungen abzubauen. Die kleineren und mittleren Betriebe, die scheinbar vom Gatt nicht direkt betroffen seien, profitierten als Zulieferer der Grossbetriebe von den Auftragseingängen aus dem Ausland und seien dadurch ebenfalls vom Gatt abhängig.

Es war an Kantonsrat Fredi Binder, Knonau, die Sicht der Bauernschaft zu vertreten, obwohl er darauf hinwies, dass die Bauern längst nicht mehr eine homogene Gruppe darstellten. Die meisten Bauern seien einsichtig und verschlossen sich modernen Entwicklungen keineswegs, meinte Binder. Ihr zentrales Anliegen sei jedoch die Sicherung der versprochenen Direktzahlungen, ohne die der rasch vor sich gehende Strukturwandel nicht zu verkraften sei. Für die von ihm geforderte Schaffung von mehr wirtschaftlichen Freiräumen für innovative Bauern brachten die anwesenden FDP-Kantonsräte grosses Verständnis auf und zögerten nicht, ihre Unterstützung für derartige Anliegen zuzusichern. ■

Gatt-Abstimmung

Damit die Schweiz auf den 1. Januar 1996 der in der Uruguay-Runde des Freihandelsabkommens Gatt geschaffenen Welt Handelsorganisation (WTO) beitreten kann, war der Abstimmungstermin auf den 25. Juni 1995 festgesetzt worden. Zurzeit läuft eine Vernehmlassung über die 17 Gesetzesanpassungen, die im Rahmen der Gatt-Lex nötig sind. Jede der 17 Anpassungen kann mit dem Referendum angefochten werden. Beim vorgesehenen Fahrplan läuft die Referendumsfrist bis in den Mai 1995.

Damit bliebe nicht genügend Zeit, um die bereits einen Monat später stattfindende Abstimmung vorzubereiten. Weil am 22. Oktober 1995 die eidgenössischen Wahlen stattfinden, wäre der 26. November 1995 der frühestmögliche Gatt-Abstimmungstermin.